

4. Sitzung

am Dienstag, dem 21. September 1999

Inhalt

Eingang gemäß § 21 der Geschäftsordnung	34
Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung	34

Fragestunde

1. Rattenplage durch Abfallentsorgung Anfrage der Abgeordneten Herderhorst, Eckhoff und Fraktion der CDU vom 22. Juli 1999	34
2. Stellenwert des Spielplatzes Kästnerstraße Anfrage der Abgeordneten Herderhorst, Eckhoff und Fraktion der CDU vom 5. August 1999	36
3. Auslastung des Musicals „Jekyll and Hyde“ Anfrage der Abgeordneten Frau Dr. Trüpel und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 9. August 1999	38
4. Ausbau der Kindergartenkapazitäten in Arsten Anfrage der Abgeordneten Frau Emigholz, Brumma, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 31. August 1999	39
5. Finanzielle Ausstattung der Wilhelm-Wagenfeld-Stiftung Anfrage der Abgeordneten Frau Emigholz, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 31. August 1999	40
6. Nutzung des Marktplatzes für bremische Verbände und Organisationen Anfrage der Abgeordneten Dr. Güldner, Frau Dr. Trüpel und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 31. August 1999	40
7. Neue Betriebsform für Bremer Jugendfreizeitheime Anfrage der Abgeordneten Pietzok, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 1. September 1999	41

8. Eckwertaufstellung und infrastrukturelle Versorgungsbereiche	
Anfrage des Abgeordneten Zachau und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 2. September 1999	42
9. Kosten des Wibera-Gutachtens zu den Kindertagesheimen und in der Kinderbetreuung	
Anfrage der Abgeordneten Frau Stahmann, Frau Dr. Trüpel und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 6. September 1999	43
Aktuelle Stunde	43
Bebauungsplan 2136 mit Deckblatt für ein Gebiet in Bremen-Mitte zwischen Rutenstraße Hausnummern 9 bis 12, Contrescarpe Hausnummern 8 bis 36 und Kohlhöckerstraße (zum Teil einschließlich) Hausnummern 37 bis 56	
Mitteilung des Senats vom 19. Juli 1999 (Drucksache 15/9 S)	43
Bebauungsplan 1995 C mit Deckblatt für ein Gebiet in Bremen-Obervieland zwischen Alfred-Faust-Straße, Kurt-Georg-Kiesinger-Allee, Wadeackerfleet, Kattenescher Fleet, Schul- und Gemeinschaftszentrum Obervieland	
Mitteilung des Senats vom 19. Juli 1999 (Drucksache 15/10 S)	44
Straßenbahn und Busse für Senioren, Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger und Flüchtlinge	
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11. August 1999 (Drucksache 15/15 S)	
Abg. Frau Linnert (Bündnis 90/Die Grünen)	44
Abg. Karl Uwe Oppermann (CDU)	46
Abg. Pietrzok (SPD)	47
Abg. Frau Linnert (Bündnis 90/Die Grünen)	49
Abg. Karl Uwe Oppermann (CDU)	50
Senatorin Adolf	52
Abg. Frau Linnert (Bündnis 90/Die Grünen)	53
Abstimmung	54
Sechstes Ortsgesetz zur Änderung der Kostenordnung für die Feuerwehr der Stadtgemeinde Bremen	
Mitteilung des Senats vom 31. August 1999 (Drucksache 15/17 S)	54

Neubildung eines Jugendhilfeausschusses

Mitteilung des Senats vom 7. September 1999

(Drucksache 15/19 S) 54

**Bebauungsplan 1257 mit Deckblatt
für ein Gebiet in Bremen-Blumenthal zwischen**

- Jollenstraße

- Lose Barg

- Rad- und Fußweg zur Straße Kreinsloger

- Kreinsloger von Haus Nr. 144 bis 119

Mitteilung des Senats vom 7. September 1999

(Drucksache 15/20 S) 54

**Bebauungsplan 2169 mit Deckblatt
für 63 Dauerkleingärten bzw. Dauerkleingartengebiete**

Mitteilung des Senats vom 7. September 1999

(Drucksache 15/21 S) 55

**Wahl eines Mitglieds der städtischen Deputation für Wirtschaft
und Häfen** 55

**Bericht des Petitionsausschusses Nr. 1
vom 14. September 1999**

(Drucksache 15/23 S) 55

Flexibilität bei der Öffnung von Freibädern

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU

vom 17. September 1999

(Drucksache 15/25 S)

Abg. Pohlmann (SPD) 55

Abg. Gerling (CDU) 56

Abg. Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen) 57

Senator Dr. Schulte 58

Abstimmung 59

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Frau Lemke-Schulte, Leo.

Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 14.00 Uhr.

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, ich eröffne die vierte Sitzung der Stadtbürgerschaft.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und Vertreter der Presse. - Herzlich willkommen!

Ich hoffe, dass Sie Gelegenheit hatten, sich in der ausgiebigen Ferienzeit gut zu erholen, damit wir tatkräftig die Aufgaben anpacken, die in den nächsten Monaten vor uns liegen.

Gemäß Paragraph 21 der Geschäftsordnung gebe ich Ihnen folgenden Eingang bekannt:

Flexibilität bei der Öffnung von Freibädern, Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der SPD und der CDU vom 17. September 1999.

Gemäß Paragraph 21 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung muss das Plenum zunächst einen Beschluss über die Dringlichkeit des Antrages herbeiführen.

Möchte jemand die Dringlichkeit begründen? - Das ist nicht der Fall.

Wer einer dringlichen Behandlung des Antrages zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Damit ist die Dringlichkeit angenommen.

(Einstimmig)

Die Bürgerschaft stimmt dem zu.

Ich schlage Ihnen vor, diesen Antrag am Schluss der Tagesordnung aufzurufen.

Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist die Stadtbürgerschaft damit einverstanden.

Im Übrigen ist mitgeteilt worden, bei Tagesordnungspunkt fünf, Bbauungsplan 1995 C mit Deckblatt, auf eine Debatte verzichten zu wollen.

Die übrigen Eingänge bitte ich dem heute verteilten Umdruck sowie der Mitteilung über den voraussichtlichen Verlauf der Plenarsitzung zu entnehmen.

Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung

1. Flächen der ehemaligen Heizungs-Außenanlage an der Grundschule am Pastorenweg zur Nutzung als Spielfläche
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 22. Juli 1999
Dazu
Antwort des Senats vom 10. August 1999 (Drucksache 15/14 S)
2. Auswirkungen des Gesetzes zur Bekämpfung der Scheinselbständigkeit auf die Bremer Volkshochschule
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 30. Juli 1999
Dazu
Antwort des Senats vom 24. August 1999 (Drucksache 15/16 S)
3. Auswirkung der Neuregelung der geringfügigen Beschäftigung und des Gesetzes zur Bekämpfung der Scheinselbständigkeit auf die Bremer Sportvereine
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 30. Juli 1999
Dazu
Antwort des Senats vom 14. September 1999 (Drucksache 15/24 S)
4. Beschäftigung von Honorarkräften in der Jugendhilfe
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 3. August 1999
Dazu
Antwort des Senats vom 7. September 1999 (Drucksache 15/22 S)
5. Organisation und Leistungen der Krankenhilfe des Sozialamtes
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12. August 1999
Dazu
Antwort des Senats vom 31. August 1999 (Drucksache 15/18 S)

Meine Damen und Herren, wir treten in die Tagesordnung ein.

Fragestunde

Für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft liegen neun frist- und formgerecht eingebrachte Anfragen vor.

Die erste Anfrage bezieht sich auf die **Rattenplage durch Abfallentsorgung**. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Herderhorst, Eckhoff und Fraktion der CDU.

Herr Abgeordneter Herderhorst, bitte!

Abg. **Herderhorst** (CDU): Wir fragen den Senat:

Wie bewertet der Senat die Rattenplage in bestimmten Stadtteilen wie zum Beispiel der Vahr, Obervieland, Huchting, Neustadt und Tenever, die besonders durch das Herausstellen der „gelben

Säcke“, aufgestellte Container und Kompostanlagen entstanden ist?

Welches Konzept hat der Senat, um gegen die zunehmende Rattenplage vorzugehen?

Präsident Weber: Beantwortet wird die Anfrage Frau Senatorin Wischer.

Senatorin Wischer: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Der Senat sieht mit Besorgnis die zunehmende Verunreinigung bestimmter Stadtteile, insbesondere durch den unsachgemäßen Umgang mit den „gelben Säcken“ des Sammelsystems Duales System Deutschland. Durch diesen Missbrauch kann zugleich eine Verbreitung von Ratten bewirkt werden.

Die verschiedenen Stadtteile Bremens sind allerdings in Abhängigkeit von den jeweiligen örtlichen Gegebenheiten in unterschiedlicher Weise betroffen. Nach Auffassung des Senats ist daher eine stadtteilbezogene differenzierte Problemlösung geboten.

Für den besonders betroffenen Stadtteil Neue Vahr ist in dem zwischen den Bremer Entsorgungsbetrieben und der Gewoba abgestimmten Handlungskonzept vorgesehen, die vorhandenen Wertstoffsammelplätze auf wenige vertretbare und kontrollierte Standorte zurückzubauen und die Betreuung der Wertstoffannahme in Verbindung mit Maßnahmen der Wohnumfeldpflege sicherzustellen.

Präsident Weber: Zusatzfragen? - Bitte, Herr Herderhorst!

Abg. **Herderhorst** (CDU): Frau Senatorin, geben Sie mir Recht, wenn ich sagen würde, aus Ihrer Antwort geht zumindest nicht konkret hervor, was der Senat beabsichtigt, im Hinblick auf die Rattenplage konkret zu tun, und zwar in allen Stadtteilen, die besonders betroffen sind, wie Sie sagen?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Wischer: Herr Abgeordneter, die Antwort war, dass man jeweils abhängig von dem Stadtteil sehr differenziert zwischen auf der einen Seite BEB, auf der anderen Seite den Haus- und Grundeigentümern zu Konzepten kommen muss. Das ist auch in der Vergangenheit, wie Sie wahrscheinlich wissen, erfolgt. Wir haben zum Beispiel in Bereichen wie in der Neustadt Möglichkeiten gefunden, über den Einsatz von Mitarbeitern dort

so etwas wie neue Nachbarschaften herzustellen. Wir haben in der Vahr in Absprache zwischen BEB auf der einen Seite und Gewoba konkret das vor, was ich Ihnen vorgetragen habe, hier durch eine verstärkte Rücknahme auf der einen Seite der Sammelplätze, auf der anderen Seite durch eine Kontrolle und Bewachung der Sammelplätze und durch Verbindungen mit Maßnahmen im Wohnumfeld, um dies zu erreichen. In anderen Stadtteilen wird man zu anderen Konzepten kommen müssen, immer in Abhängigkeit zwischen auf der einen Seite Haus- und Grundbesitzern und auf der anderen Seite BEB.

Präsident Weber: Zu einer weiteren Zusatzfrage hat das Wort der Abgeordnete Herderhorst.

Abg. **Herderhorst** (CDU): Frau Senatorin, würde der Senat denn dem Vorschlag des Beirats Vahr folgen wollen, wieder Großcontainer für Restmüll aufzustellen?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Wischer: Ich darf nochmals darauf hinweisen, dass es hier nicht eine Frage des Senats ist, sondern eine Frage dessen, welche Möglichkeit der Hauseigentümer und Grundeigentümer sieht im Rahmen des bestehenden Systems für seinen Bereich. Das Konzept, das verabredet ist zwischen Gewoba einerseits und BEB andererseits, habe ich Ihnen vorgetragen. Ob man im weiteren Verlauf zu anderen Maßnahmen noch kommen muss, muss man wieder in Absprache zwischen den Beteiligten weiterverfolgen. Das gilt auch für andere Bereiche. In Tenever, so ist mir gesagt worden, gibt es zwischen der Initiative der Bewohner dort und der Gewoba andere Überlegungen, wie man dem Problem Herr werden kann.

Präsident Weber: Zu einer weiteren Zusatzfrage der Abgeordnete Herderhorst!

Abg. **Herderhorst** (CDU): Frau Senatorin, würden Sie mir Recht geben, wenn ich sage, damit ist den Anwohnern der Stadtteile zunächst noch einmal wenig geholfen, und diese Entscheidungsprozesse, wie man es denn nun zukünftig handeln will, dauern doch erheblich lange. Die Bewohner, das weiß ich, beschweren sich zunehmend, dass sie morgens, wenn sie aus der Haustür treten, insbesondere trifft das auf die Großbauwohnanlagen zu, da von Ratten begrüßt werden, und das ist sicherlich kein angenehmer Zustand. Deswegen frage ich, ob es über die Bestrebungen, die Sie eben genannt haben, hinaus auch konkret Maßnahmen geben wird, die zur Zurückdrängung dieser Plage erheblich beitragen.

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Wischer: Das Problem, noch einmal, Herr Herderhorst, ist ja nicht, dass irgendjemand Drittes seinen Abfall dort falsch entsorgt, sondern das Problem ist, dass wir in den von Ihnen angesprochenen Bereichen im Grunde keine funktionierenden Nachbarschaften haben, dass offensichtlich so etwas geschehen kann, obwohl dort vermehrt auf Aufklärung gesetzt worden ist, vermehrt darauf hingewiesen worden ist, wie gelbe Säcke zu befüllen sind. Wie mir gesagt worden ist, haben die Gewoba und auch die BEB festgestellt, dass die Restmüllgefäße zum Teil nicht herausgestellt werden, dass es Mieter gibt, die offensichtlich über die ganze Zeit ihre Mülltonne nicht einmal herausgestellt haben, sondern offensichtlich den Müll dann in einem anderen Verfahren entsorgen.

Hier muss man doch sehr sorgfältig darauf achten, dass dieses Verhalten verändert wird, und, ohne jetzt dauernd mit erhobenem Zeigefinger herumzulaufen, sehen, wie man auch durch eine stärkere Kontrolle in den Bereichen selbst Menschen davon überzeugen kann, dass sie sich nicht gegen die Gemeinschaft verhalten dürfen.

Präsident Weber: Herr Kollege, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Das ist nicht der Fall.

Dann gibt es noch eine Zusatzfrage von der Abgeordneten Frau Kauertz.

Abg. Frau **Kauertz** (SPD): Frau Senatorin, ich habe eben bei Ihren Ausführungen und Ihrer Antwort gehört, dass man mit diesem Problem differenziert umgehen muss entsprechend den Bereichen, in denen das Problem liegt. Ich selbst lebe zum Beispiel im Stadtteil Neue Vahr und frage vor diesem Hintergrund: Ist es richtig, dass man nicht ein Müllkonzept, wenn ich das so nennen darf, grundsätzlich entwickeln kann, sondern dass es letztendlich so ist, dass man eine Lösung finden muss, die auch zu den Menschen in diesen Quartieren passt?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Wischer: Das ist ja der Ansatz, Frau Abgeordnete, den ich versucht habe darzustellen, dass man nach den Strukturen, nach den Gegebenheiten vor Ort sehr differenziert versuchen muss, das Problem, das Sie beschreiben und das ich mit großer Sorge sehe, in den Griff zu bekommen, und da wird es sehr unterschiedliche Ansätze geben, die man gemeinsam mit den Menschen vor Ort auch entwickeln muss.

Präsident Weber: Zu einer weiteren Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Kauertz** (SPD): Ich verstehe also, dass Sie insofern offen sind und dass wir in der Vahr die Hoffnung haben dürfen, dass auch wir eines Tages wieder mit besserer Wohnqualität rechnen dürfen?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Wischer: Ich gehe davon aus, dass das, was an Ansätzen jetzt verabredet ist und was ja weiterverfolgt werden soll, dazu einen Beitrag leistet.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Wir stellen fest, dass es trotz Privatisierung weiterhin Ratten gibt.

(Heiterkeit)

Die zweite Anfrage steht unter dem Betreff „**Stellenwert des Spielplatzes Kästnerstraße**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Herderhorst, Eckhoff und Fraktion der CDU.

Herr Abgeordneter Herderhorst, bitte!

Abg. **Herderhorst** (CDU): Wir fragen den Senat:

Wie bewertet der Senat den Stellenwert des Kinderspielplatzes Kästnerstraße im Ortsteil Habenhausen?

Wird der Senat sich in Kooperation mit privaten Initiativen, „Maulwurf“, Verein für soziale Jugendhilfe und Arbeit e.V., dafür verwenden, diesen Spielplatz zu erhalten und weiterhin als einzigem zentralen Spielplatz im Ortsteil die notwendige Unterstützung gewähren?

Präsident Weber: Schönen Dank, Herr Herderhorst! Beantwortet wird die Anfrage durch Frau Senatorin Adolf.

Senatorin Adolf: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Im Ortsteil Habenhausen stehen die öffentlichen Spielplätze Kästnerstraße, Solthören und Ohserstraße zur Verfügung. Um den Stellenwert eines öffentlichen Spielplatzes beurteilen zu können, ist sein Bezug zur Wohnbebauung, in der die angesprochenen Kinder leben, und seine Integration in den Einzugsbereich von besonderer Bedeutung.

Das Einzugsgebiet eines öffentlichen Spielplatzes beträgt maximal zirka 300 Meter Luftlinie. Für den Spielplatz Kästnerstraße wird dieses Einzugsgebiet durch die Habenhauser Brückenstraße fak-

tisch halbiert und durch den Holzdamm durchschnitten. Realistisch betrachtet nutzen daher fast ausschließlich die Kinder aus dem westlichen Einzugsgebiet den Spielplatz Kästnerstraße. Zu diesem Wohngebiet hat der Platz keine zentrale, sondern eine Randlage. Die Vernetzung mit dem Wohngebiet ist zudem wegetechnisch mit nur einem Zugang über die Kästnerstraße unzureichend.

Diese ungünstigen Standortfaktoren bewirken, dass der Spielplatz - gemessen an seiner Größe von rund 4000 Quadratmetern und Bedeutung für den ganzen Ortsteil - von der eigentlichen Nutzergruppe dauerhaft zu wenig angenommen wird. Zwischen Nutzungsgrad und wirtschaftlichem Aufwand gibt es ein Missverhältnis, das zu überdenken ist. Es wird deswegen geprüft, ob Teile des weiterhin notwendigen Spielplatzes einer anderen Nutzung zugeführt werden können.

In Bremen werden öffentliche Spielplätze grundsätzlich nur mit Beteiligung von Kindern, Jugendlichen und Bewohnern des Umfeldes gebaut und verändert. Dabei erhalten die privaten Initiativen im Rahmen des Programms „Lebendige Spielplätze“ die notwendige fachliche und wirtschaftliche Unterstützung durch das Amt für Soziale Dienste. Für eine Verbesserung der Lage wird eine Vernetzung der Spielplatzbelange mit dem im unmittelbaren Umfeld befindlichen ATSV Habenhausen und der Evangelischen Bekenntnisschule angestrebt.

Präsident Weber: Gibt es eine Zusatzfrage? - Bitte, Herr Abgeordneter Herderhorst!

Abg. **Herderhorst** (CDU): Frau Senatorin, sind Sie, obwohl Sie Bremerhavenerin sind, bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass sowohl der Holzdamm als auch die Habenhauser Brückenstraße durchaus nicht abschneidend zu den anderen Wohngebieten wirken, sondern dass sehr wohl über Straßenzüge, die angrenzen, der Spielplatz erreicht werden kann, also auch für andere Kinder durchaus zugänglich ist und auch in Anspruch genommen wird?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Adolf: Ich bin bereit, alles zur Kenntnis zu nehmen. Aber ich sage Ihnen dazu, dass das, was ich vorgetragen habe, sehr wohl geprüft worden ist, auch an Ort und Stelle geprüft worden ist, und dass diese Einschätzung durchaus eine sehr realistische ist, denn welche Schwellen Kinder zu überwinden haben, um Spielplätze zu erreichen,

können wir Erwachsenen möglicherweise manchmal gar nicht richtig einschätzen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Zu einer weiteren Zusatzfrage, Herr Herderhorst!

Abg. **Herderhorst** (CDU): Frau Senatorin, ist Ihnen bekannt, dass der ATSV Habenhausen beabsichtigt, seinen an den Spielplatz angrenzenden Sportplatz zu verlegen, und dass dann möglicherweise eine Wohnbebauung direkt angrenzend an diesen Spielplatz stattfinden kann?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Adolf: Das ist mir so nicht bekannt, Herr Abgeordneter, aber mir ist bekannt, dass über das Wibera-Gutachten gerade auch von Ihrer Fraktion erhebliche Prüfaufträge, gerade was Spielplätze angeht, an mich herangetragen werden, und ich bin bereit, diesen Prüfaufträgen auch nachzukommen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte!

Abg. **Herderhorst** (CDU): Eine letzte! Ich habe Sie also richtig verstanden, dass Sie den Platz grundsätzlich erhalten wollen, allerdings an eine bestimmte Reduzierung der Quadratmeterzahl denken?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Adolf: Es geht mir darum, Spielräume für Kinder zu schaffen, zu erhalten und möglichst zu vergrößern. Da müssen wir über viele Dinge nachdenken, und wenn sich am Ende herausstellt, dass eine Fläche nicht adäquat genutzt wird und auch nicht genutzt werden kann wegen der wegetechnischen Voraussetzungen, kann man auch über solche Dinge nachdenken, aber am Ende dieser Prüfung sind wir noch nicht.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage der Abgeordneten Frau Stahmann!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Senatorin Adolf, Sie erwähnten, dass es Überlegungen gibt, den Spielplatz auch anders zu nutzen, jedenfalls Teile, und ich würde Sie fragen, in welche Richtung diese Überlegungen gehen, ob es da schon konkrete Vorüberlegungen gibt.

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Adolf: Im Vordergrund steht die Überlegung, wie die vorhandene Fläche optimal von Kindern genutzt werden kann. Wenn sich bei dieser Prüfung herausstellt, dass das nicht der Fall ist, dann muss man über andere Möglichkeiten nachdenken. Wir stehen, wie gesagt, noch nicht am Ende dieser Überlegung.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Dann kommen wir zur dritten Anfrage, die sich beschäftigt mit dem Thema **Auslastung des Musicals „Jekyll and Hyde“**. Die Anfrage ist unterzeichnet von der Abgeordneten Frau Dr. Trüpel und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Frau Kollegin!

Abg. Frau **Dr. Trüpel** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie haben sich die Besucherzahlen absolut und prozentual im Juli und August 1999 dargestellt?

Zweitens: Wie viele der Besucher haben den vollen Preis gezahlt? Wie viele sind zu reduzierten Preisen oder sogar umsonst in die Vorstellung gekommen?

Präsident Weber: Beantwortet wird die Anfrage durch Herrn Staatsrat Dr. Färber.

Staatsrat Dr. Färber: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu eins und zwei: Bei einer Sitzplatzkapazität von 1420 Plätzen wurde im Juli eine Auslastung von 51 Prozent realisiert und im August von 53 Prozent. Damit wurde selbst in den extrem schwierigen Hochsommermonaten die Planauslastung der Betreiber-gesellschaft für das Gesamtjahr erreicht. Da dies jedoch mit Abstand die schwächsten Monate des Jahres sind, wird die Durchschnittsauslastung 1999 weit über Plan liegen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Der Senat ist bereit, weitergehende Antworten über die Daten der privaten Musical-Betreiber-gesellschaften den Sprechern der Fraktionen in der Deputation für Wirtschaft und Häfen zur Verfügung zu stellen.

Präsident Weber: Eine Zusatzfrage, Frau Kollegin?

Abg. Frau **Dr. Trüpel** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich möchte erst einmal feststellen, dass ich bedauere, dass die zweite Frage, die ich gestellt habe, nicht beantwortet worden ist, und darum möchte ich sie gern noch einmal wiederholen. Ich glaube, dass man dem Musical auch keinen Dienst erweist, wenn man nicht bereit ist, das hier zu beantworten. Wie viele Karten sind zu reduzierten Preisen oder auch umsonst ausgegeben worden in diesen Sommermonaten?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Färber: Die Daten liegen mir nicht vor.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage, Frau Kollegin? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Trüpel** (Bündnis 90/Die Grünen): Es wundert mich, dass sie nicht vorliegen, Sie aber gleichzeitig gewillt sind, sie den Sprechern vorzulegen.

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Färber: In der Deputation, dann werden sie vorliegen!

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Trüpel** (Bündnis 90/Die Grünen): Das heißt, Sie sind nicht bereit, hier im Haus diese Zahlen, obwohl Sie sie ja offensichtlich vorliegen haben, zur Kenntnis zu geben?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Färber: Das Zweite ist richtig, und das Erste ist so, dass sie mir nicht vorliegen.

(Heiterkeit)

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Trüpel** (Bündnis 90/Die Grünen): Stimmen Sie mit mir überein, dass Sie, wenn Sie sie jetzt nicht vorliegen haben und auch nicht bereit sind, sie dem Haus demnächst vorzulegen, offensichtlich doch von dem Erfolg der Auslastung nicht so überzeugt sind, wie Sie eben versucht haben, es darzustellen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Färber: Ich denke, die Antwort war eindeutig, was eine Bewertung der Auslastung über das gesamte Jahr angeht.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Focke!

Abg. **Focke** (CDU): Herr Staatsrat, sind Sie mit mir der Auffassung, dass diese Frage zum jetzigen Zeitpunkt, da Sie ja beantwortet haben, dass gerade die Monate Juli und August die schlechtesten sind, was Besuche von Theatern und Musicals betrifft, weil es eben die Sommermonate sind, dazu beiträgt, das bisher noch sehr erfolgreiche Musical in Misskredit zu bringen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Färber: Ich sehe die Gefahr.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die vierte Anfrage verlangt vom Senat Auskunft über den **Ausbau der Kindergartenkapazitäten in Arsten**. Die Anfrage trägt die Unterschriften der Abgeordneten Frau Emigholz, Brumma, Böhrnsen und Fraktion der SPD.

Bitte, Frau Kollegin Emigholz!

Abg. Frau **Emigholz** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wann beabsichtigt der Senat, seinen Beschluss vom Mai 1999 zur Erweiterung der Kindergartenkapazitäten in Arsten umzusetzen?

Zweitens: Ist die Fertigstellung der Baumaßnahme zum Jahr 2000 sichergestellt?

Drittens: Ist das Vorhaben finanziell abgesichert?

Präsident Weber: Beantwortet wird die Anfrage durch Frau Senatorin Adolf. - Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Adolf: Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu eins bis drei: Der Senat hat am 1. Juni 1999 beschlossen, dass der zweite Bauabschnitt des multifunktionalen Gebäudes entsprechend dem vorliegenden Gesamtraumprogramm errichtet wird. Mit den Vorbereitungen zum Bau des Gebäudes wurde inzwischen begonnen. Mit der Fertigstellung ist im Jahr 2000 zu rechnen. Die Finanzierung soll im Haushalt 2000/2001 sichergestellt werden.

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Herr Abgeordneter Herderhorst!

Abg. **Herderhorst** (CDU): Frau Senatorin, ist dem Senat bekannt, dass dieses Bauwerk unter Umständen von der Hans-Wendt-Stiftung übernommen werden soll? Wenn dem so ist, kann das unter Umständen zu Verzögerungen des Anbaus führen? Eine letzte Unterfrage noch: Wird dann trotzdem, sollte das so sein, im Anschluss daran zu gegebener Zeit die Grundschule, die ja vorgesehen ist, dort auch integrierbar bleiben?

(Zuruf von der SPD: Die ist schon da!)

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Adolf: Es gibt Verhandlungen darüber, insbesondere natürlich im Rahmen der Finanzierungsmöglichkeiten, aber das wird die Fertigstellung dieses Gebäudes nicht verzögern, und die Grundschule, das haben Sie eben schon durch Zwischenrufe gehört, ist schon da.

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Herderhorst** (CDU): Von der Erweiterung der Grundschule rede ich natürlich! Ich rede ja nur von dem Neubau und nicht von dem, was da ist. Darauf ging ja auch nicht die Frage hinaus.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage durch die Abgeordnete Frau Stahmann!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Senatorin Adolf, ich möchte fragen, wann der Kindergartenbau vollendet ist!

Senatorin Adolf: 2000!

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Ja, genauer, 2000 ist lang! Da würde ich gern wissen, Ende 2000 oder Anfang 2000?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Adolf: Anfang 2000 wird nicht zu realisieren sein.

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Daran würde sich meine Frage anschließen: Kann der Senat ausschließen, dass die Eltern und Kinder auf reine Nachmittagsgruppen, zum Beispiel von 14 bis 18 Uhr, verwiesen werden, denn es gibt ja jetzt schon Kinder, die auch in diesem Stadtteil untergebracht werden müssen und die

jetzt teilweise verstreut auf einzelne Einrichtungen untergebracht sind?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Adolf: Aber es wird sicherlich nicht reine Nachmittagsbetreuung dort geben!

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Wird es Nachmittagsbetreuung geben?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Adolf: Wir werden versuchen, Nachmittagsbetreuung anzubieten, aber es wird sicherlich sinnvoll sein, das Gebäude auch ganztags zu nutzen.

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Haben Sie schon Erkenntnisse darüber, in welchem Umfang Nachmittagsgruppen angeboten werden sollen?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Adolf: Das kann ich Ihnen nicht sagen, nein!

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die fünfte Anfrage bezieht sich auf die **finanzielle Ausstattung der Wilhelm-Wagenfeld-Stiftung**. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Emigholz, Böhrnsen und Fraktion der SPD.

Bitte, Frau Kollegin!

Abg. Frau **Emigholz** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Ist dem Senat bekannt, dass der Personalhaushalt der Wilhelm-Wagenfeld-Stiftung sehr knapp bemessen ist und dass insbesondere Personal für Projektgestaltung und Raumaufsicht fehlt?

Zweitens: Strebt der Senat eine Verbesserung der Ausstattung des Hauses im Wege einer ressortübergreifenden Lösung unter Umständen zwischen Kultur und Wirtschaft an?

Drittens: Ist vorgesehen, zumindest für die Aktivitäten zum hundertsten Geburtstag Wilhelm Wa-

genfelds, Sondermittel zur Verfügung zu stellen, wenn ja, in welchem Umfang und aus welchen Projekttöpfen speisen sich die Zuschüsse?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet durch Herrn Senator Dr. Schulte.

Senator Dr. Schulte: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Dem Senat ist bekannt, dass der Zuschuss an die Wilhelm-Wagenfeld-Stiftung, wie auch die Zuschüsse anderer Zuwendungsempfänger, knapp bemessen ist.

Zu Frage zwei: Nach der Stiftungsurkunde aus dem Jahr 1993 hat sich die Stadtgemeinde Bremen verpflichtet, den erforderlichen jährlichen Aufwand von seinerzeit 300.000 DM zuzüglich maximal der Steigerungsrate der Personal- und Sachkosten des bremischen Haushalts zu tragen. Die Mittel für Personal- und Sachkosten sind von 1993 bis 1998 um 5,4 Prozent gestiegen. Der Zuschuss für das Jahr 1999 beträgt rund 400.000 DM und liegt damit deutlich über der finanziellen Zusage der Stiftungsurkunde.

Zu Frage drei: Die Aktivitäten zum hundertsten Geburtstag Wilhelm Wagenfelds im Jahr 2000 werden durch einen Projektzuschuss der Bremen-Marketing Gesellschaft in Höhe von 90.000 DM unterstützt.

Präsident Weber: Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die sechste Anfrage befasst sich mit dem Thema **Nutzung des Marktplatzes für bremische Verbände und Organisationen**. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Dr. Güldner, Frau Dr. Trüpel und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Herr Kollege!

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Plant der Senat aus Anlass der Expo 2000 eine Einschränkung oder den Ausschluss der Nutzung des Marktplatzes für die Präsentation oder Veranstaltungen bremischer Verbände und Organisationen?

Zweitens: Auf welche anderen öffentlichen Plätze sollen Sport- und Wohlfahrtsverbände, soziale Organisationen und Bürgervereinigungen, die bis-

her den Marktplatz zur Bürgerinformation und für ihre Veranstaltungen nutzen, verdrängt werden?

Präsident Weber: Zur Beantwortung für den Senat Herr Senator Dr. Schulte!

Senator Dr. Schulte: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu eins und zwei: Die Bremen-Marketing GmbH hat das Stadtamt gebeten, alle Veranstaltungen auf dem Marktplatz während der Expo im Jahr 2000 mit ihr abzustimmen und Nutzungsgenehmigungen erst nach Abschluss der Expo-Planungen zu erteilen. Es ist beabsichtigt, den Marktplatz während des Expo-Zeitraums für überregionale Veranstaltungsereignisse zu reservieren. Allerdings ist zurzeit noch nicht absehbar, ob und in welchem Umfang derartige Ereignisse zu einer Einschränkung der Marktplatznutzung für andere Interessenten führen werden. Da die Planung noch nicht abgeschlossen ist, sind zurzeit auch keine Angaben darüber möglich, ob Interessenten wegen der Durchführung von Expo-Veranstaltungen auf andere Plätze ausweichen müssen. Eine solche Regelung wäre in jedem Einzelfall mit den Betroffenen abzustimmen.

Präsident Weber: Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die siebte Anfrage trägt den Titel „**Neue Betriebsform für Bremer Jugendfreizeitheime**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Pietrzok, Böhrnsen und Fraktion der SPD.

Bitte, Herr Kollege!

Abg. **Pietrzok** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Unter welchen Voraussetzungen hält der Senat es für sinnvoll, die städtischen Jugendfreizeitheime in eine neue gemeinsame Betriebsform, in einen Eigenbetrieb, eine gemeinnützige GmbH, einen e. V. oder eine Stiftung öffentlichen Rechts, zu überführen, und welche gemeinsame Betriebsform würde er gegebenenfalls präferieren und warum?

Zweitens: Welche Kriterien müssten freie Träger aus Sicht des Senats erfüllen, wenn sie als neue Träger das „Rahmenkonzept zur Neubestimmung der offenen Jugendarbeit in Bremens Stadtteilen“ effektiv und rasch realisieren sollen?

Drittens: Welche Auswirkungen würde ein Trägerwechsel für die Beschäftigten haben?

Präsident Weber: Beantwortet wird die Anfrage durch Frau Senatorin Adolf.

Senatorin Adolf: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung: Im Sinne der Koalitionsvereinbarung für die laufende Legislaturperiode geht der Senat von der Notwendigkeit eines neuen Ansatzes in der Jugendarbeit aus, der weniger auf Bearbeitung von Defiziten als auf Förderung von Fähigkeiten und auf die Selbstverantwortung setzt. In diesem Sinne ist eine Bremer Jugendenquête nötig, die neue Wege für junge Menschen in unseren Städten aufzeigt. Die Organisation der Bremer Jugendfreizeitheime ist kurzfristig mit dem Ziel weiterzuentwickeln, sie mit der Möglichkeit der Beteiligung freier Träger zu verselbständigen. Ausländische Jugendliche und Mädchen sollen in den Angeboten der Jugendhilfe eine stärkere Beachtung finden.

Dies vorangestellt antwortet der Senat wie folgt:

Zu eins: Der Auftrag aus der Koalitionsvereinbarung für die Legislaturperiode macht deutlich, dass eine gemeinsame Betriebsform nur eine der möglichen konzeptionellen Antworten auf die zu bewältigenden Aufgaben ist. Die jeweilige Situation in den Wohngebieten, die Chancen der Vernetzung von jugendspezifischen Angeboten und die Öffnung von neuen Wegen für junge Menschen sind maßgeblich für die offene Jugendarbeit in den Stadtteilen. Wesentliche Voraussetzung für die Weiterführung der städtischen Jugendfreizeitheime in anderen Betriebsformen ist die fachpolitische Bestimmung der innerhalb eines abgesehenen Ressourcenrahmens mittelfristig erreichbaren Ziele und Qualitäten. Vor diesem Hintergrund besteht auch die Möglichkeit der Beteiligung freier Träger an Jugendfreizeitheimen.

Zur Vorbereitung der notwendigen Entscheidungen plant der Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales noch in diesem Jahr die Durchführung einer „Zukunftskonferenz Jugendfreizeitheime“, an der neben internen und externen Fachleuten aus Theorie und Praxis Jugendliche und Fachpolitiker beteiligt werden sollen.

Zu zwei: Vorhandene oder neu zu gründende freie Träger müssen die Gewähr dafür bieten, dass der Betrieb der Jugendfreizeitheime wirtschaftlich optimiert und in der inhaltlichen Weiterentwicklung in Richtung der im Rahmenkonzept für die offene Jugendarbeit formulierten Ziele qualifiziert wird.

Zu drei: Die Beschäftigten der Jugendfreizeitheimen würden im Fall der Ausgliederung der Jugendfreizeitheimen aus dem Amt für Soziale Dienste übernommen. Sie würden dabei ihre tariflichen und arbeitsvertraglichen Rechte im Rahmen des zwischen der Stadtgemeinde und der ÖTV für solche Umstrukturierungsvorhaben abgeschlossenen Tarifvertrags behalten.

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte, Frau Stahmann!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Senatorin Adolf, warum wird das Rahmenkonzept nicht innerhalb der Verwaltungsreform umgesetzt, zum Beispiel die zentrale Ressourcenverantwortung? Warum braucht man gleich eine neue Betriebsform? Wie bewertet der Senat das Modell „Thedinghauser Straße“? Ist es nachahmenswert für Bremen oder andere Freizeitheime?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Adolf: Wir haben nicht gesagt, dass wir das Rahmenkonzept nur außerhalb von Verwaltungsreformen organisieren können und dass wir unbedingt neue Betriebsformen brauchen. Wir sagen ganz deutlich, wir wollen erst die fachpolitische Ausrichtung, und dann entscheiden wir darüber, wie der Weg dorthin ist, um das optimale Ziel zu erreichen. Das Modell „Thedinghauser Straße“ werden wir natürlich in diesem Zusammenhang mit einbeziehen und werden das, was dort vorbildlich läuft, auch versuchen zu transportieren.

(Abg. Frau Stahmann [Bündnis 90/Die Grünen]: Danke!)

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die achte Anfrage steht unter dem Betreff „**Eckwertaufstellung und infrastrukturelle Versorgungsbereiche**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von dem Abgeordneten Zachau und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Herr Kollege!

Abg. **Zachau** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Welche Bedarfe für die infrastrukturellen Versorgungsbereiche, insbesondere Kindergärten und Schulen, hat der Senat bei der Eckwertaufstellung des Haushalts zugrunde gelegt?

Zweitens: In welchem Umfang sind die entsprechenden Maßnahmen in die Eckwertaufstellung des Haushalts eingegangen?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet durch Herrn Staatsrat Metz.

Staatsrat Metz: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins und zwei: Der Senat hat am 13. Juli 1999 den Zeit- und Verfahrensplan zur Aufstellung der Haushalte 2000/2001 und zur Fortschreibung der Finanzplanung bis 2005 beschlossen. Danach sind die Eckwertbeschlüsse des Senats für den 5. Oktober 1999 vorgesehen. Die Frage, in welchem Umfang die geplanten Infrastrukturmaßnahmen im Zusammenhang mit den größeren Wohnungsneubaugebieten in die Eckwertaufstellung des Haushalts eingehen werden, kann daher zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht beantwortet werden.

Präsident Weber: Eine Zusatzfrage, Herr Kollege? - Bitte sehr!

Abg. **Zachau** (Bündnis 90/Die Grünen): Habe ich das richtig in Erinnerung, dass der Senat beschlossen hat, bevor die Eckwertvorschläge des Senats in die Ressorts gehen, eine solche Aufstellung zu machen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Metz: Eine solche Aufstellung von was? Von den Bedarfen des Fachressorts?

Präsident Weber: Bitte, Herr Zachau!

Abg. **Zachau** (Bündnis 90/Die Grünen): Es gibt einen Beschluss des Senats, der vorsieht, eine Arbeitsgruppe einzusetzen, um die infrastrukturellen Versorgungsbereiche - den Terminus habe ich mir nicht ausgedacht, sondern den habe ich aus diesem Senatsbeschluss übernommen - zu erarbeiten, bevor die Vorschläge der Eckwerte in die Ressorts gehen, also die erste Phase, die wir im Moment in der Haushaltsaufstellung haben.

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Metz: Aber in diesem Fall, bei dem Sachverhalt, den Sie ansprechen, ist im Senat beschlossen worden, dass die Entscheidung über die Einstellung der zusätzlichen Bedarfe, denn darüber reden wir wohl in diesem Zusammenhang, in die entsprechenden Ressorthaushalte im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2000/2001 und der Finanzplanung ab 2001 eingehen. Es ist Beschlusslage, dass während des Aufstellungs-

verfahrens bis zum 5. Oktober beziehungsweise am 5. Oktober diese Entscheidungen getroffen werden.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Zachau** (Bündnis 90/Die Grünen): Ja! Ich habe es richtig verstanden, dass Sie bis heute keine übergreifende Bedarfsermittlung über diese infrastrukturellen Versorgungsausgleiche, Notwendigkeiten haben?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Metz: Angemeldet sind zusätzliche Bedarfe. Die Zahlen liegen vor, aber der Senat hat beschlossen, darüber bis zum 5. Oktober zu entscheiden.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die neunte und damit letzte Anfrage in der Fragestunde trägt die Überschrift: „**Kosten des Wibera-Gutachtens zu den Kindertagesheimen und in der Kinderbetreuung**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Frau Stahmann, Frau Dr. Trüpel und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Frau Kollegin!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie hoch belaufen sich die tatsächlichen Kosten des Wibera-Gutachtens?

Zweitens: Wie erklärt sich der Senat die Kostensteigerung gegenüber den veranschlagten Kosten?

Drittens: Aus welchen Haushaltsstellen werden die Mehrkosten erbracht und mit welchen Folgen?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet durch Frau Senatorin Adolf. - Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Adolf: Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: In dem mit der Wibera geschlossenen Werkvertrag vom 7. August 1998 ist für die Abwicklung des Auftrags ein Gesamthonorar von 156.000 DM zuzüglich der gesetzlichen Mehrwertsteuer in Höhe von 24.960 DM festgelegt worden.

Damit beläuft sich das Bruttohonorar auf 180.960 DM.

Zu Frage zwei: Eine vertragliche Regelung über eine Kostensteigerung liegt nicht vor. Die Wibera hat dem Ressort im Oktober 1998 mitgeteilt, dass der von ihr bis dahin geleistete Arbeitsaufwand über dem kalkulierten Plansoll liegt und ein weiterer Aufwand für die Fortsetzung und den Abschluss des Projektes zu erwarten ist. Es wurde deshalb gebeten, in Vertragsverhandlungen über eine Kostenveränderung einzutreten. Das Ressort hat die Forderung zurückgewiesen, insbesondere unter Hinweis auf die vertraglichen Grundlagen, nach denen ein Gesamthonorar vereinbart wurde und damit ein eventuelles Kostenrisiko vom Auftragnehmer zu tragen ist.

Zu Frage drei: Es sind keine Mehrkosten entstanden.

(Abg. Frau Stahmann [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist schön, ich war nämlich einigermaßen verwirrt, als Sie im Fernsehen gefragt wurden, ob das Gutachten eine siebenstellige Summe gekostet hat!)

Da habe ich gesagt, das hätte ich auch gehört!

(Abg. Frau Stahmann [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, das haben Sie gesagt, das hätten Sie auch gehört. Da bin ich natürlich gleich in Alarmstimmung gegangen, und deshalb meine Frage. - Danke schön, Frau Senatorin!)

Präsident Weber: Zusatzfragen liegen nicht vor.

Dann kommen wir zu dem Tagesordnungspunkt zwei.

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen kein Thema beantragt worden.

Bebauungsplan 2136 mit Deckblatt für ein Gebiet in Bremen-Mitte zwischen Rutenstraße Hausnummern 9 bis 12, Contrescarpe Hausnummern 8 bis 36 und Kohlhöckerstraße (zum Teil einschließlich) Hausnummern 37 bis 56

Mitteilung des Senats vom 19. Juli 1999
(Drucksache 15/9 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer den Bebauungsplan 2136 mit Deckblatt für ein Gebiet in Bremen-Mitte zwischen Rutenstraße Hausnummern neun bis zwölf, Contrescarpe Hausnummern acht bis 36 und Kohlhöckerstraße Hausnummern 37 bis 56 beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich stelle fest, die Bürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Bebauungsplan 1995 C mit Deckblatt für ein Gebiet in Bremen-Obervieland zwischen Alfred-Faust-Straße, Kurt-Georg-Kiesinger-Allee, Wadeackerfleet, Kattenescher Fleet, Schul- und Gemeinschaftszentrum Obervieland

Mitteilung des Senats vom 19. Juli 1999
(Drucksache 15/10 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer den Bebauungsplan 1995 C mit Deckblatt für ein Gebiet in Bremen-Obervieland zwischen Alfred-Faust-Straße, Kurt-Georg-Kiesinger-Allee, Wadeackerfleet, Kattenescher Fleet, Schul- und Gemeinschaftszentrum Obervieland beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich stelle fest, die Bürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Straßenbahn und Busse für Senioren, Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger und Flüchtlinge

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11. August 1999
(Drucksache 15/15 S)

Dazu als Vertreter des Senats Frau Senatorin Adolf, ihr beigeordnet Staatsrat Dr. Hoppensack.

Die Beratung ist eröffnet.

Bitte, Frau Linnert, Sie haben das Wort!

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sozialhilfebezieherinnen und -bezieher erhalten in der Stadtgemeinde Bremen einen Betrag von 540 DM im Monat, wenn sie allein leben, zuzüglich einer Bekleidungspauschale in Höhe von nun 50 DM. Von diesem Betrag müssen sie ihren Lebens-

unterhalt bestreiten, also Essen und Trinken, Strom und Wasser, Telefon und Briefmarken und das, worum es uns heute geht, sie müssen davon bezahlen, wie sie sich in Bremen fortbewegen.

Diesem Sozialhilferegelsatz liegt ein Katalog an Waren zugrunde, der so zusammengestellt ist, dass man davon leben können soll. Der Warenkorb beinhaltet nicht nur Dinge des bloßen Überlebens, sondern er ist im Sinne des Bundessozialhilfegesetzes so bemessen, dass eine Teilnahme am allgemeinen Leben möglich sein muss. Arme Menschen sollen nach den Vorgaben des Gesetzes ausdrücklich die Möglichkeit zur kulturellen Teilhabe, zu Freizeitaktivitäten haben. Sie sollen Zugang zu Bildungsangeboten haben und sich natürlich um Arbeit bemühen.

Für diese Aktivitäten ist es erforderlich, sich in unserer Stadt zu bewegen, in vielen Fällen auch weit über den Stadtteil hinaus. Im Sozialhilferegelsatz ist für die gesamte Mobilität ein Betrag von unter 20 DM eingeplant. Allein im Zusammenhang mit der verlangten Arbeitssuche - zunehmend verlangen Sachbearbeiter und Sachbearbeiterinnen in der Sozialhilfe von den Sozialhilfeempfängern, dass sie sich mindestens fünfmal im Monat irgendwo bewerben und diese Bewerbungen dann auch dem Sozialamt vorweisen - entstehen den Sozialhilfeempfängerinnen und -empfängern Kosten in Höhe von 26 DM, weil nämlich zehn Einzeltickets für Hin- und Herfahren diesen Betrag kosten.

Für Asylsuchende mit ihrem monatlichen Taschengeld von 80 DM findet ein Recht auf Mobilität schlicht und einfach nicht statt. Zwar geben die Sozialämter Einzelfahrscheine für die Fahrt zum Arzt oder zum Rechtsanwalt aus, der bürokratische Aufwand ist aber unsinnig hoch und dient eher der Abschreckung für beide Seiten.

Der Warenkorb für Sozialhilfebezieherinnen und -bezieher und die der Bekleidungspauschale zugrunde liegenden Preise gehen davon aus, dass Sozialhilfeempfänger beim Einkaufen stets das günstigste Angebot wahrnehmen, fachlich heißt das, die unteren Quartilspreise nehmen. Darüber gibt es auch sozialpolitische Auseinandersetzungen, aber auf jeden Fall ist klar, dass sie mit dem Warenkorb und mit dem, was ihnen zugestanden wird, nur in dem Monat klarkommen können, wenn sie es schaffen, immer das allgünstigste Angebot einzukaufen. Ausdrücklich ist dabei eingeplant, dass es den Sozialhilfebezieherinnen und -bezieher zuzumuten ist, dafür auch längere Wege zurückzulegen. Wenn das so ist, müssen sie auch die Möglichkeit erhalten, diese Wege zurückzulegen. Mit den ihnen zugestandenen 20 DM geht das jedenfalls nicht!

Am härtesten ist die Situation für Kinder und Jugendliche, deren Regelsätze erheblich niedriger sind. Der Besuch von Kino, Schwimmbad oder Musikunterricht ist schon an sich etwas, was das Budget nur selten hergibt. Die Fahrpreise stellen eine zusätzliche Einschränkung dar, die gerade bei Kindern und Jugendlichen vor dem Hintergrund des Chancenausgleichs nicht gewollt sein kann.

In den letzten Jahren hat es eine Reihe von Versuchen gegeben, auch in Bremen eine ermäßigte Fahrkarte für Bus und Bahn durchzusetzen. 1993 gab es hier dann einen Modellversuch, Herr Dr. Hoppensack kann sich bestimmt gut daran erinnern, der wegen Streitigkeiten zwischen dem Sozialressort und der Bremer Straßenbahn AG über städtische Zahlungen zum Ausgleich von möglichen geringeren Einnahmen bei der BSAG nicht verlängert wurde.

Solche ermäßigten Fahrkarten mit unterschiedlichen Modellen - wir sprechen uns auch nicht für ein bestimmtes Modell aus, wir sagen ja, es soll gerade herausgefunden werden, was man hier in Bremen machen kann - gibt es in vielen anderen Städten, teilweise in Verbindung mit Ermäßigung für Theater, Kino und Schwimmbäder, in Hamburg und Heidelberg, in Osnabrück und Hannover, in Oldenburg und Verden.

Eigentlich schade, dass solche positiven Leistungen anderer Städte beim Benchmarking keine Rolle spielen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn es darum geht, die Beispiele anderer Städte zu nutzen, um hier die Bekleidungsbeihilfe oder andere soziale Leistungen zu senken, dann sind wir ja weniger zurückhaltend!

Unser Antrag zielt darauf, erneut mit der Bremer Straßenbahn AG über Konditionen für eine ermäßigte Fahrkarte zu verhandeln. Es ist einfach nicht einzusehen, dass die BSAG über Firmenkarten und das Semesterticket die Fahrpreise für einzelne Gruppen drastisch senkt, es aber bis heute nicht gelungen ist, für ältere Menschen, Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger und Flüchtlinge eine Lösung zu finden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Betroffene und Organisationen, die mit ihnen verbündet sind, ihnen helfen, sie unterstützen, setzen sich seit Jahren dafür ein, dass das Sozialressort in diesem Sinne für die Betroffenen eintritt, und es gibt eine Reihe von Beschlüssen zum Beispiel der Bremer Seniorenvertretung. Es

gibt Bitten und Briefe von Flüchtlingsinitiativen, eine neue Kampagne der Arbeitslosen- und Sozialhilfeberatungsstellen, und sogar das Arbeitsamt hat Unterstützung zugesagt. Diese Akteure werden alle dazu beitragen, dass, falls es in Bremen zu solch einem Modell kommt, ordentlich Neukunden geworben werden, damit es bei der Einführung eines solchen Angebotes nicht nur so genannte Mitnahmeeffekte gibt, sondern die BSAG auch wirklich neue Fahrgäste gewinnt.

Nur vor dem Hintergrund konkreter Verhandlungsergebnisse wird die Bürgerschaft in die Lage versetzt werden zu entscheiden, ob es es uns wert ist, bei den Haushaltsberatungen für diesen Bereich Geld bereit zu stellen, also zu entscheiden, ob Bremen sich dieses Angebot leisten kann oder nicht. Dafür brauchen wir Sie, Frau Senatorin Adolf, die sich dieses Anliegen engagiert zu Eigen macht und mit der BSAG verhandelt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Als Einwand wird bestimmt gleich kommen, dass eine solche Verbesserung der Situation armer und benachteiligter Menschen nicht in die politische Landschaft passt, wo doch die öffentlichen Haushalte von Sozialausgaben erdrückt werden und Sparpolitik das oberste Gebot ist. Das wird bestimmt gleich gesagt werden.

Dieses Angebot, das wir hier fordern, ist gerade deshalb sinnvoll. Nirgendwo im Bereich der Sozialpolitik kann mit einem so geringen Einsatz von Mitteln ein so guter, wünschenswerter Effekt erzielt werden: Zugewinn an Lebensqualität für die Senioren, Arbeitslosen, Sozialhilfeempfänger und Flüchtlinge, verbesserte Einnahmen für die Bremer Straßenbahn AG, weniger Verwaltungsaufwand für die Sozialbehörde, Entlastung in den Bereichen Inneres und Justiz, weil weniger Menschen schwarzfahren.

In Bremen und im Bund wird in den nächsten Jahren auch weiter Sparpolitik gemacht werden und auch aus unserer Sicht gemacht werden müssen. Das wird auch zu Härten führen, wobei alle dafür sorgen müssen, dass es nicht die Schwächsten trifft. Politik insgesamt ist darauf angewiesen, bei der notwendigen Sparpolitik nicht die Akzeptanz zu verspielen. Das gilt für den Bund und für Bremen gleichermaßen. Die Einführung einer verbilligten Monatskarte in Bremen wäre ein gutes Zeichen, dass die Bedürfnisse der Menschen, denen es finanziell nicht so gut geht, auch ernst genommen werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Vielen Dank! Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Karl Uwe Oppermann.

Abg. Karl Uwe **Oppermann** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Beim Lesen Ihres Antrages, meine Damen und Herren von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, kann man sich nicht des Eindrucks erwehren, dass Sie nicht begreifen können oder wollen, in welcher kritischen finanziellen Lage sich diese Stadt befindet.

(Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen)

Richtig, das haben Sie auch erwartet, dass ich so antworte, ich will Sie ja nicht enttäuschen!

Die Bürgermeister kämpfen in diesen Tagen vor Gericht um die Mittel, die uns zustehen, damit diese Stadt saniert werden kann. Das wird schwer genug sein, und unsere guten Wünsche sollten sie dabei begleiten.

Finanziell genauso schlecht geht es der BSAG. Finanzielle Verluste in einer Größenordnung von 170 Millionen DM pro Jahr werden von Fachleuten für die nächsten Jahre prognostiziert. Für die Verluste muss das Land geradestehen, ein Umstand, der die Sanierungsbemühungen, denen sich nach der Meinung der CDU-Fraktion in diesem Haus alles Handeln unterwerfen muss, nicht gerade erleichtert. Damit beschreibe ich die Situation noch zurückhaltend.

In dieser Situation stellen Sie nun weitere kostenträchtige Forderungen, und ich komme auch gleich auf die Summen. Bei diesen Forderungen werfen Sie dann auch noch verschiedene Gruppen der Bevölkerung in einen Topf, möglicherweise um einen Teilerfolg zu erzielen. Abgesehen davon, dass der Senat über ein solches Konzept nicht mit der BSAG, sondern mit der VBN GmbH verhandeln müsste - das war also sachlich falsch, die Tarife macht der VBN und nicht die BSAG, weil sie im Verbund sind, glauben Sie mir, wir haben uns da erkundigt! -, müsste ein solcher Tarif dann auch für die DB AG im Verkehrsverbund gelten. Die Tarifhoheit in diesem Verbund, ich gestehe, dass mir das auch neu war, ist nicht mehr bei der BSAG, sondern bei der VBN GmbH.

Um zur Sanierung der Bremer Finanzen beizutragen, soll das Unternehmen BSAG bis zum Jahre 2004 seine Verluste auf 138 Millionen DM jährlich senken. Wir sind jetzt bei geschätzten 170 Millionen DM. Das wird schon schwer genug, und mancher Mitarbeiter des Unternehmens fragt sich vielleicht schon heute, ob sein Arbeitsplatz in der nahen Zukunft noch gesichert ist oder einer Sparrunde zum Opfer fällt. Solche hohen Sparziele

werden leider allzu oft nur durch Personaleinsparungen erreicht. Sie aber wollen mit Ihren Plänen die Mindereinnahmen in diesem Bereich noch vergrößern. Damit vergrößern Sie auch den Druck auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Das macht die CDU-Fraktion in diesem Haus nicht mit!

Es ist doch grundsätzlich klar, dass die Einführung von verbilligten Monatstickets für die von Ihnen gewünschten Personenkreise nur dann möglich ist, wenn es zu keinen Einnahmeverlusten für die betroffenen Betriebe kommt. Irgendjemand muss die Einnahmeverluste ausgleichen. Dieser Jemand sind alle Steuerzahler,

(Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen)

wir auch, und der Finanzsenator muss zum Ausgleich der entstandenen Lücke das Geld dann an die BSAG überweisen, nicht nur das Geld von Bremerinnen und Bremern, sondern von Steuerzahlern aus der ganzen Republik. Bei denen wird richtig Freude aufkommen, wenn sie so von einer neuen Großzügigkeit des Bremer Gesetzgebers für einen Teil seiner Bürgerinnen und Bürger zu hören bekommen, eine Großzügigkeit, die auch Bürger anderer Bundesländer mitfinanzieren durch den Ausgleich.

(Glocke)

Präsident Weber: Herr Oppermann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Mützelburg?

Abg. Karl Uwe **Oppermann** (CDU): Ja, ich hatte auf Ihren Zwischenruf gewartet!

Präsident Weber: Bitte, Herr Mützelburg!

Abg. **Mützelburg** (Bündnis 90/Die Grünen): Können Sie so nett sein und mir erklären, wieso mehr Fahrgäste zu gewinnen, denn darum geht es ja, höhere Verluste bei der Straßenbahn bedeuten und nicht höhere Einnahmen?

Abg. Karl Uwe **Oppermann** (CDU): Weil ich Ihnen gleich einige Zahlen nennen werde und ich es für nicht realistisch halte, dass Sie diese Zahlen durch mehr Fahrgäste ausgleichen können! Gedulden Sie sich noch einen Moment!

Ich glaube, die Mehrheit in diesem Haus weiß, dass dies nicht so gehen kann. Richtig ist, dass es solche Karten 1984 bis 1986 und 1992 und 1993 bereits gab, aber schon damals gerieten die BSAG und das Sozialressort in die Kostenfalle, und deshalb wurde aus gutem Grund die Karte wieder zurückgezogen. Sie, meine Damen und

Herren vom Bündnis 90/Die Grünen, wissen es auch, dass Ihr Wunsch ein weiteres Loch in die Kasse der BSAG und damit in die Kasse des Finanzsenators reißen würde. Möglicherweise wird der Antrag bei denen, die beglückt werden sollen, zunächst einmal Freude auslösen, aber bereits beim zweiten Hinsehen werden zumindest die Senioren bemerken, dass sie in irgendeiner Form die Zeche doch selbst bezahlen müssen.

Ich komme jetzt zu einigen Zahlen! Meine Damen und Herren, zurzeit gibt es etwa 20.000 Jahresabonnements von Menschen, die älter als 60 Jahre sind und 54 DM im Monat für dieses Jahresabonnement bezahlen. 20.000 mal zwölf Monate mal 54 DM macht 12.960.000 DM. Das sind zehn Prozent der gesamten Umsatzerlöse der BSAG des letzten Jahres, von 1998. Nehmen wir einmal an, ein subventioniertes Seniorenticket kostet 40 DM, das wäre ja keine so große Subvention, so sieht die Rechnung dann wie folgt aus: 20.000 mal zwölf mal 40 macht 9.600.000 DM, die Differenz beträgt also über drei Millionen DM.

Sie müssten also zusätzlich, um die gleichen Einnahmen zu erreichen, 7000 Abonnenten mehr erreichen in dem Bereich Senioren. Wenn Sie das nicht erreichen, muss der Finanzsenator zum Ausgleich beitragen. Ist das aber nicht zu erreichen, müssten die mehr zahlen, die ohnehin den vollen Einzelfahrpreis zahlen. Keiner von uns wird gern und mit Freuden die Straßenbahnpreise erhöhen, und Sie wären sicherlich bei den Ersten, die laut rufen würden, die laut Protest erheben würden, wenn wir die Straßenbahnpreise erhöhen würden.

Beim Semesterticket gibt es keinen Ausgleich aus öffentlichen Kassen, das ist richtig, nur, hier geht die Rechnung auf. Hier ist durch eine höhere Inanspruchnahme durch die Studenten das Finanzaufkommen, das in die Kasse hineinkommt, gleich groß, und man müsste also die gleiche Rechnung mit den Zahlen im Studentenbereich noch einmal führen.

Meine Damen und Herren, die BSAG ist aufgerufen, ihr Defizit so weit wie nur irgend möglich zurückzuführen. Es bedarf großer Anstrengungen, um die Zahl derer, die für Transportleistungen zahlen, deutlich zu erhöhen. Ich finde, die Angebote, die die BSAG hier macht, sind eindeutig positiv. Ich persönlich fahre fast jeden Tag mit der Straßenbahn. Dafür bezahle ich im Abonnement 54 DM. Meine Frau und ich, wir können uns nach 19 Uhr oder am Wochenende gegenseitig mitnehmen, und wenn meine Frau und ich die Karte einmal nicht benötigen, dann können wir sie weitergeben, weil sie übertragbar ist, das wissen Sie auch. Ich finde, das ist ein gutes Angebot, das die

BSAG mir als Kunde macht. Mobilität hat hier einen guten Preis, einen Preis, den in der derzeitigen Situation Bremens auch Senioren, die mobil sein wollen, für diese Mobilität bezahlen können.

Nun zu der Einleitung in Ihrem Antrag! Zitat: „Bremer Bürgerinnen und Bürger mit niedrigem Einkommen müssen sich in ihrem Aktionsfeld häufig auf ihren Stadtteil beschränken, weil ihnen die nötigen Mittel fehlen, um eine Fahrkarte der Bremer Straßenbahn AG zu bezahlen.“ Diese Schilderung ist nicht verkehrt. Für Sozialhilfeempfänger, Arbeitslose und Flüchtlinge wollen Sie deshalb jetzt eine verbilligte Monatskarte einwerben. Was aber ist mit den Menschen, deren durch Arbeit erreichtes Familieneinkommen gerade zum Bestreiten der Kosten ausreicht, ein Einkommen, das etwas über der HLU liegt, so dass keine staatlichen Transferleistungen bei der Familie ankommen, sehen wir einmal vom Kindergeld ab?

Für diesen Personenkreis gilt doch das Gleiche. Der soll aber nach Ihren Forderungen leer ausgehen, keine subventionierte Fahrkarte erhalten, sondern den vollen Fahrpreis bezahlen. Auch in diesen Fällen muss meistens die Hausfrau weite Wege zurücklegen, um mit dem bescheidenen Familieneinkommen das Auskommen so gut wie möglich und so preiswert wie möglich sichern zu können.

Sprechen Sie doch einmal gerade mit jungen Eltern, die zwei oder drei Kinder haben, wie oft dort diskutiert werden muss, ob man eine Fahrt in die Bücherei mit der Straßenbahn oder mit dem Bus nicht verbinden kann mit einem Einkauf in einem der in der Nähe gelegenen preisgünstigen Supermärkte, um diese Karte auch vernünftig auslasten zu können! Dieser Personenkreis soll dann nach Ihren Vorstellungen weiter voll zahlen und über die Steuern dann auch noch andere Personenkreise subventionieren und mobil machen. Das findet die CDU-Fraktion überhaupt nicht akzeptabel!

Ich unterbreche hier erst einmal. Wir kommen noch zu einer zweiten oder eventuell auch zu einer dritten Runde.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Pietrzok.

Abg. **Pietrzok** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die SPD wird diesen Antrag der Grünen ablehnen. Was mich bei der Rede von Ihnen, Herr Oppermann, ein bisschen traurig gemacht hat, ist, dass Sie eigentlich gar nicht darauf eingegangen sind, dass es hier um die Lebens-

realität der Armen, der Sozialhilfeempfänger geht. Wir als Sozialdemokraten haben immer noch den Anspruch zu versuchen, die Lebensrealität von diesen Leuten zu verbessern, so gut wir können.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen - Abg. Borttscheller [CDU]: 10,7 Prozent!)

Ich finde, das ist in Ihrer Rede sehr kurz gekommen. Das Problem an diesem Antrag ist allerdings, dass natürlich allein mit einer Willenserklärung dieses Problem überhaupt noch nicht bewältigt ist. Wir als Sozialdemokraten wollen sehr wohl, dass es mehr öffentlichen Personennahverkehr für benachteiligte Gruppen auch in Bremen gibt. Für Arbeitslose, Flüchtlinge, Senioren und Sozialhilfeempfänger kann das ein echter Beitrag zur Lebensqualität sein. Der Bedarf ist natürlich vorhanden, aber man muss auch dazu sagen, in Bremen gibt es viele Möglichkeiten, sich anderweitig fortzubewegen. Es ist nicht solch eine prekäre Situation, wie sie in vielen anderen Städten besteht.

Wenn man sich aber die Personengruppe der Senioren ansieht oder wenn man sich die Gruppe der Kinder ansieht, ist das eine ganz andere Sache, denn deren Aktionsradius ist sehr stark eingeschränkt. Der Kern des Konzeptes der Grünen ist ja, dass wir versuchen sollen, die Verluste aus der Preisminderung dadurch auszugleichen, dass wir steigende Abnahmezahlen haben. Das ist ja zuerst einmal ein ganz interessantes Konzept, wenn es aufgeht, dann könnte uns das ja auch sehr gut gefallen. Ihr Beispiel des Semestertickets bei den Studierenden in Bremen funktioniert aber nur deswegen, weil wir hier so etwas wie eine Pflichtabnahme haben. Das können wir natürlich im Bereich der Personengruppen, von denen wir hier reden, überhaupt nicht machen. Das gilt einfach nicht für diese Gruppen.

(Beifall bei der SPD)

Diese Diskussion hat ja schon eine ganz lange Vorgeschichte, und die Grünen haben sie ja sehr lange begleitet, länger als zum Beispiel ich selbst überhaupt hier in Bremen lebe. Wir haben beispielsweise 1992 eine Erprobung gemacht, auf die Sie, Herr Oppermann, ja auch schon hingewiesen haben. Man muss aber darauf hinweisen, dass bei dieser Erprobung 17 DM pro Person und Monat an Mitteln aus öffentlichen Kassen aufgebracht werden mussten, um eine entsprechende Fahrpreisverbilligung zu erreichen. Das waren Kosten von zirka 80.000 DM im Monat, die aus öffentlichen Kassen aufgebracht werden mussten.

Das Ergebnis einer anschließenden Auswertung dazu war, dass es keine signifikante Steigerung beim Verkauf von Monatskarten gegeben hat. Dann gab es unterschiedliche Interpretationen in der Frage. Der Senator für Soziales hat da eine Argumentation gehabt und gesagt, man kann nicht so genau sagen, wie die Bewegungstendenzen da waren. Das Konzept mit der Verbilligung ist damit noch nicht vom Tisch. Die BSAG hat eine Interpretation gehabt, die darauf hinauslief zu sagen, wir haben zwar eine Verbilligung, wir haben nicht mehr Karten verkauft, also können wir einfach sagen, die Personengruppen, die sich vorher die teuren Monatskarten gekauft haben, haben sich jetzt die billigen gekauft, wir haben also einen Einnahmeverlust. Abschließend beweisbar war weder die eine Interpretation noch die andere, und so ist diese ganze Diskussion sehr ins Stocken geraten. Auch der Senator für Soziales konnte dabei den Gegenbeweis nicht erbringen.

Wir haben 1995 einen weiteren Versuch gehabt mit dem Ziel, wenn wir eine Verbilligung hinbekommen wollen, dann müssen wir das kostenneutral schaffen. Ich denke, das ist auch die richtige Denkweise bei der ganzen Sache gewesen. Wir haben Verhandlungen gehabt damals, ich bin jetzt nicht sicher, ob es mit dem VBN oder der BSAG war, da sind Sie, glaube ich, besser informiert als ich, Herr Oppermann, es ging jedenfalls darum, über den Anteil vom ÖPNV im Regelsatz eine verbilligte Monatskarte für bestimmte Personengruppen, für Asylbewerber und für Sozialhilfeempfänger, zu gewährleisten.

Diese Verhandlungen sind gescheitert, und zwar hat der VBN wegen der zu erwartenden Mindererlöse ein solches Konzept kategorisch abgelehnt. Auch hier gab es wieder verschiedene Rechenmodelle. Der Senator für Soziales hat eine Rechnung vorgelegt, wonach ungefähre Kosten zwischen drei und fünf Millionen DM entstehen, die dann durch vermehrten Verkauf wieder erwirtschaftet werden müssen. Der VBN hat gesagt, sie müssten mindestens 36.600 Tickets verkaufen, um das so überhaupt hereinzubekommen. Das war der Diskussionsstand damals. Man ist nach diesen Gesprächen auseinander gegangen und musste feststellen, es gibt keine Einigung bei der Voraussetzung, bei den Zahlen, bei den Mindestabnahmezahlen, um eine kostenneutrale Version von verbilligten Fahrpreisen zu bekommen.

Es gibt einige wenige Erfahrungen hier in Deutschland mit kostenneutralen Vergünstigungen. Sie sind allerdings eine ganz große Ausnahme. In der Regel muss aus öffentlichen Kassen zusätzlich Geld aufgewendet werden, um tatsächlich zu einer Verbilligung zu kommen.

Wenn wir uns alle Diskussionen, die wir da gehabt haben, einmal anschauen, so ist doch erst einmal festzustellen, es hat sehr viele Versuche gegeben, die vom Senator für Soziales aufgegriffen worden sind, hier haben sich auch Initiativen sehr stark beteiligt. Ich finde auch, dass sich der Senator für Soziales in der Frage durchaus parteilich verhalten hat für die sozial Schwachen und versucht hat, mit dem VBN tatsächlich eine kostengünstige ÖPNV-Version durchzusetzen.

(Beifall bei der SPD)

Das erwarten wir Sozialdemokraten natürlich auch von einem Senator für Soziales, und den Anspruch formulieren wir immer wieder.

Der Antrag der Grünen, den wir im Geist gar nicht so schlecht finden, hat ein ganz großes Problem, nämlich dass er Geld kostet. Dieser Haushaltsrelevanz des Antrages können wir hier natürlich nicht einfach so zustimmen. Wir haben in Bremen eine ganz dramatische Situation, wir haben eine Haushaltsnotlage, es besteht ein großer Spar- druck hier in der Stadt im konsumtiven Bereich. Bremen ist ein Sanierungsfall. Das Projekt Sanierung ist auch ein Projekt der Sozialdemokratie. Es ist aber auch so, dass dieser Spar- druck zum Teil außerhalb kommunalpolitischer Kompetenzen da ist. Auf jeden Fall müssen wir ganz extrem sparen. Das wird für den Bereich der Sozialpolitik dazu führen, dass in vielen Zuwendungsbereichen geprüft werden muss. Viele Angebote werden auf dem Prüfstand stehen. Das wird auch zu vielen Enttäuschungen führen.

Ich habe großen Respekt davor, dass viele Initiativen und Gruppen sich bei den Versuchen um Fahrscheinermäßigungen so stark engagiert haben. Sie haben sich beispielsweise auch selbst bemüht, Daten zu erheben, um tatsächlich eine stärkere Argumentation gegenüber dem VBN zu entwickeln. Ich finde, das ist eigentlich ein sehr guter Arbeitsansatz gewesen, und doch müssen wir leider diesen Antrag deswegen ablehnen, weil die Schwäche des Antrages darin besteht, dass ein glaubwürdiges Finanzierungskonzept fehlt und vielmehr nur gefordert wird, dass wir eben aus dem Bereich Soziales dort zusätzlich Geld aufbringen.

Das, Frau Linnert, müssen wir leider machen, obwohl es tatsächlich zutrifft, dass die eingesetzten Mittel vergleichsweise wenig sind, gemessen an dem, was dort bewegt werden kann. Es ist aber, denke ich, eine Erfahrung, die wir im Bereich der Sozialpolitik sehr oft machen, dass der Anteil, der aus unserem Haushalt tatsächlich eingesetzt werden muss, bei weitem nicht so hoch ist wie das, was tatsächlich bewegt wird.

Wir müssen angesichts der Haushaltslage auf zusätzliche Leistungen aus dem Bereich Soziales verzichten und lehnen den Antrag der Grünen ab. Mehr Engagement allerdings wäre von unserer Seite aus schon sehr vorteilhaft. Ich würde mich schon sehr darüber freuen, wenn wir im Hinblick auf den VBN aggressiver verhandeln könnten, denn ich denke, dass hier eindeutige Interpretationsfehler vorliegen. Da muss sich etwas bewegen, und ich würde mich freuen, wenn wir uns da engagieren könnten. - Danke!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Herr Kollege, ich möchte mich für Ihren ersten engagierten Redebeitrag herzlich bedanken!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Kollegin Linnert.

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte zu dem, was meine Vorredner hier vorgetragen haben, ein paar Sachen sagen. Erst einmal ist es schon so, dass man mit der BSAG verhandeln muss, weil die nämlich sagt, dass sie die Region hier unter sich hat. Wir wollen ausdrücklich nicht, dass diese ermäßigte Karte für den VBN-Bereich gilt. Es ist allerdings richtig, dass der VBN den gefundenen Tarif dann genehmigen muss. Das ist auch bei Einladungen, bei Veranstaltungen, die wir mit Vertretern der BSAG hatten, x-mal erörtert worden. Es ist nicht so, dass innerhalb des VBN oder der BSAG dieses Problem in dem Zusammenhang eine Rolle spielt.

Das Zweite, was ich sagen wollte, bezieht sich auf den Bereich der Geringverdiener, den Herr Oppermann hier angesprochen hat, das war ja immer so ein Tenor, es gibt Leute, die leben nur ganz kurz über dem Sozialhilfesatz, und für die tut ihr gar nichts. Ich räume ein, dass die Sozialpolitik dieses Problem mit den Geringverdienern hat, außer wenn sie dann ganz nah an der Sozialhilfegrenze liegen und ein Recht auf ergänzende Sozialhilfe haben, und dass es dafür sozialpolitisch nur wenig Lösungsansätze gibt. Ich würde aber bestreiten, dass es in dieser Personengruppe viele Leute gibt, die sagen, weil es mir nicht so gut geht, soll es den anderen auch nicht besser gehen. Das ist eine Kultur, die vielleicht bei der CDU irgendwie häufiger vorhanden ist, aber ich finde, dass benachteiligte Menschen eher gut beraten sind, sich zu solidarisieren, und ich kenne auch viele, die das so machen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dann das Argument: Die BSAG macht das nur, wenn man ein Modell findet, das sich für sie rechnet. Na klar! Das sagen wir doch. Wir wollen nicht, dass die BSAG irgendetwas subventioniert. Das ist ein Betrieb, und der muss darauf achten, dass das, was er an Geschäftspolitik macht, auch auskömmlich ist.

Dann sage ich noch einmal, es gibt ja Städte, in denen das geht. Wir wollen auch, dass die BSAG eine Lösung findet, die sich für sie rechnet, wir wollen allerdings nicht, und der Eindruck, darauf hat Herr Pietrzok auch schon hingewiesen, ist zum Teil entstanden, dass die BSAG diese Frage nutzt, um höhere Zuschüsse aus öffentlichen Kassen für sich zu erreichen. Darum geht der Streit, aber wir wollen nicht, dass es da zu einer Subventionierung kommt, die über Gebühr ist, und wir wollen auch nicht, dass die BSAG dazubuttert. Ich sage noch einmal, es gibt Städte, da geht das.

Die ganze Sache kommt mir langsam vor wie die Geschichte vom Hauptmann von Köpenick: keine Arbeit - keine Aufenthaltserlaubnis, keine Aufenthaltserlaubnis - keine Arbeit! Jedes Mal, wenn man mit diesem Thema anfängt, kommt jemand und sagt, da müsst ihr erst einmal ein Konzept vorlegen, und dann weiß man vielleicht, wie viel es kostet, und dann kann man ja vielleicht Geld bereitstellen oder vielleicht auch nicht. Unser Antrag sagt nicht, dass Geld bereitgestellt werden soll, er sagt nur, es soll die Möglichkeit geben zu wissen, wie viel Geld bereitgestellt werden soll, und dann muss Politik entscheiden, wo es hergenommen werden soll

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

und ob wir es überhaupt bereitstellen. Hier ist es also wie beim Hauptmann vom Köpenick: kein Konzept - kein Geld, kein Geld - kein Konzept, und das Schwarzer-Peter-Spiel geht immer so weiter hin und her.

Da, finde ich, haben sich alle Beteiligten in der Vergangenheit ziemlich wenig mit Ruhm bekleckert, weil ich nicht den Eindruck hatte, dass bei den jeweiligen Akteuren, die Betroffenen können das nämlich leider nicht für sich selbst regeln, die Verhandlungen wirklich von dem Willen getragen wurden, dass es wirklich funktionieren soll. Politik muss irgendwann eine Vorlage haben, anhand derer sie entscheiden kann, ob das so ist, dass die BSAG eine Million DM beansprucht, soll sie das haben, ja oder nein. Darauf zielt der Antrag. Wir wollen eine Entscheidungsgrundlage haben, und dann können wir immer noch darüber reden, dass der Bremer Haushalt das nicht hergibt. Wenn Sie diesen Antrag hier ablehnen, dann wollen Sie noch nicht einmal, dass geprüft wird,

wie weit kommt man eigentlich mit einem Konzept und wie könnte das aussehen. Sie wollen noch nicht einmal eine Entscheidungsgrundlage haben, und das verstehe ich überhaupt nicht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es gibt Signale, darüber haben die Betroffenen jedenfalls berichtet, zum Beispiel auch dass die Sparkasse bereit wäre, sich an der Ausfallbürgerschaft zu beteiligen. Im Grunde ist ja das Problem, dass man heute nicht weiß, wie viel Kosten entstehen vielleicht der BSAG. Diese will auf der sicheren Seite sein und hat damals eine Ausfallbürgerschaft von einer Million DM verlangt, die hat sie dann auch erhalten, obwohl ich nach wie vor der Meinung bin, dass das ein bisschen viel war, aber das ist ja auch egal. Man weiß erst am Ende eines Jahres, auf wie viel Geld die BSAG wirklich Anspruch hätte, und dann reicht erst einmal eine Bürgerschaft, wie gesagt, die Sparkasse hat signalisiert, dass sie sich daran beteiligen würde, und dann erst wissen wir genau, wie viel Bremen dazubuttern müsste oder nicht. Deshalb, sage ich einmal, gibt es noch einen Grund weniger, den Antrag abzulehnen.

Es bleibt die Frage: Wieso geht das eigentlich woanders, und wieso geht das woanders vor allen Dingen ohne Zuschüsse? Wenn Sie den Antrag einfach ablehnen, anstatt ihn zu überweisen und zu schauen, ob es Frau Adolf vielleicht nicht, vielleicht doch schafft, da zu einem tragfähigen Konzept zu kommen, wollen Sie sich einfach gar nicht in die Lage bringen, entscheiden zu müssen, welche Sachen Ihnen im Haushalt wichtiger sind und welche Sachen Ihnen unwichtiger sind. Sie tragen dazu bei, dass sich Politik, auch Sozialpolitik, schlicht und einfach konzeptionell verabschiedet und sagt, es ist okay, Sachzwang Finanznot, das ist auch ganz bequem, dann muss man sich nämlich fachlich mit überhaupt nichts mehr auseinandersetzen. Das lassen wir Ihnen so nicht durchgehen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Karl Uwe Oppermann.

Abg. Karl Uwe **Oppermann** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zu den Menschen, die kurz über der HLU-Grenze leben und arbeiten, Frau Linnert: In der Regel sind diese sehr stolz darauf, dass sie keine staatlichen Transferleistungen bekommen, und arbeiten sehr intensiv und stark daran, sich in ihrem Lebensstandard noch zu verbessern, noch weiter nach oben zu kommen, und schauen nicht nach unten

und sind schon gar nicht böse, dass es vielleicht jemandem schlechter geht als ihnen selbst.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber Sie haben doch so argumentiert!)

Ich habe das nicht thematisiert. Ich habe nicht gesagt, dass die böse sind, ich habe nur gesagt, dass Sie die Leute vergessen mit Ihrem Antrag, die eben knapp darüber sind, und wenn sie alles selbst bezahlen müssen, dann haben sie nämlich letztendlich weniger als die, die Hilfe zum Lebensunterhalt haben.

(Beifall bei der CDU)

Für den Kreis der Asylbewerber, meine Damen und Herren, regelt das Asylbewerberleistungsgesetz, was sie an Fahrtkosten bekommen, und vielleicht kann man da den Einrichtungen, wo diese Personen untergebracht sind, einmal den Tipp geben, sich ein oder zwei Abonnementkarten zu kaufen. Vielleicht wird das auf die Dauer preiswerter. Ich habe ja gesagt, was das kostet: 54 DM, die kann man am Tag mehrfach hin und her geben, und damit kann man auch abends noch in die Stadt fahren, um so am Leben teilzunehmen. Das ist dann auch völlig unbürokratisch, wenn solch eine Anstalt ein paar Fahrkarten hat, die weitergegeben werden. Es muss dann nur Buch darüber geführt werden, wer sie gerade hat. Das geht ja in Betrieben auch, in Parteien weiß ich, dass es Karten gibt, die weitergereicht werden, Netzkarten, und das muss hier dann auch so gehen.

Ob ein erleichterter Zugang zum ÖPNV, ich zitiere jetzt wieder, für das Selbstbewusstsein und die Entwicklungsmöglichkeiten von Menschen mit niedrigem Einkommen wichtig ist, kann man sicherlich auch kritisch hinterfragen. Wichtiger ist es, glaube ich, für diese Menschen zu wissen, dass ihnen ein soziales Netz eine Grundversorgung sichert.

Die BSAG muss wie alle Glieder im ÖPNV ihre Einnahmeseite verbessern. Das heißt für die CDU-Fraktion, sie muss auch bei harten Bedingungen dafür Sorge tragen, dass ihre Attraktivität verbessert wird. Sicher, sie muss einsparen in den nächsten Jahren, aber sie muss trotzdem daran arbeiten, mehr voll zahlende Fahrgäste zu bekommen, damit sie ihre Finanznot verbessern kann. Das ist aber nicht nur durch eine schnelle Zug- oder Busfolge zu erreichen, sondern auch durch andere Komponenten.

Leider geschieht es allzu häufig, dass man beim Betreten einer Bahn ob des Anblicks, der sich einem bietet, erschreckt zurückweichen möchte,

wenn der Fußboden klebt oder sich die Dosen im Gang stapeln oder herumrollen. Das ist dann nicht die Schuld der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der BSAG, das sage ich hier ganz eindeutig, die Bahnen, die über das Depot kommen jeweils bei der Strecke, werden nachts ganz gründlich geräumt, und bei Tage werden sie immer sauber gemacht. Es gibt aber eben viele Zeitgenossen, die wir alle kennen, wenn wir regelmäßig Straßenbahn fahren, die halten sich meistens im letzten Drittel auf, die diese Straßenbahn als einen rollenden Partywagen betrachten, könnte man beinahe sagen.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Was hat das mit dem Antrag zu tun?)

Meistens sind es Menschen, die auch bei Tage viel Zeit haben und diese Zeit mit Freunden bei einer zünftigen Rundreise im ÖPNV mit Dosenbier und Flachmännern verbringen. Wenn das Wetter draußen schlecht ist, so ist es in der Bahn doch wenigstens trocken. Fahren Sie doch einmal Straßenbahn!

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Wen meinen Sie denn? - Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Was hat das mit unserem Antrag zu tun?)

Diese Menschen tragen nicht dazu bei, dass die Attraktivität der Straßenbahn erhöht wird. Wenn jemand zufälliger Gast ist, der sich vielleicht einmal daran gewöhnen will, mit der Straßenbahn zu fahren, der wird durch solche Anblicke teilweise so abgeschreckt, dass er das nächste Mal wieder sein Auto aus der Garage holt.

(Beifall bei der CDU - Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Was hat das mit dem Antrag zu tun?)

Ich rede auch darüber, dass die BSAG ihre Einkommenseite verbessern muss. Seit es den Schaffner nicht mehr gibt, sind Kontrollen ja fast nicht mehr möglich, und partielle Kontrollen bringen da sicherlich auch nicht viel.

Sie haben versucht, klar zu machen, dass Sie mit Ihrem Antrag eine Situation erreichen können, bei der die BSAG mehr Fahrgäste bekommt, bei der letztendlich unter dem Strich auch mehr Geld herauskommt und für das Sozialamt sogar noch Kosten gespart werden. Das wird nicht erreichbar sein. Ich habe Ihnen vorhin gesagt, Sie müssen allein im Bereich der Senioren bei einer Absenkung von 14 DM 7000 neue Fahrgäste erwerben.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Warum geht es anderswo?)

Vielleicht haben wir ein ganz besonderes Tarifgefüge, dass es deswegen hier nicht funktioniert. Wenn die Straßenbahn vielleicht in wenigen Jahren in der Lage ist, ihre Defizite zu reduzieren, dann kann man ja über solche Dinge noch einmal nachdenken, aber zurzeit ist da keine Möglichkeit. Ich glaube, dass wir andere Sorgen haben, als über solch eine Fahrkarte nachzudenken. In dem Bereich Senioren gab es ja in einem der Bremer Radioprogramme eine große Diskussion über diese Seniorenfahrkarte, dort wurden diese Fahrpreise von 40 DM diskutiert. In dem Sozialhilfebereich ist ein Preis um 15 DM diskutiert worden, da ist die Lücke ja noch viel größer. Sie werden gar nicht so viele Leute haben, die eine zusätzliche Karte nehmen können, um den Ausgleich hinzubekommen.

Wir als CDU-Fraktion und die Koalition bleiben bei der Ablehnung Ihres Antrages. Er ist im Moment unpassend, er hilft niemandem in dieser Stadt, die wirklichen Probleme in dieser Stadt zu lösen. Deswegen lehnen wir Ihren Antrag ab.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als Nächste hat das Wort Frau Senatorin Adolf.

Senatorin Adolf: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Selbstverständlich würde ich sehr gern Senioren, Arbeitslosen, Sozialhilfeempfängern und Flüchtlingen die Möglichkeit eröffnen -

(Zuruf von der SPD)

natürlich auch jeweils den Frauen, den Empfängerinnen, den Seniorinnen genauso -, eine ermäßigte Monatskarte für den öffentlichen Personennahverkehr zu erwerben, aber aus dem Sozialhaushalt kann ich dafür keine Ausgleichszahlungen zur Verfügung stellen. Das ist einfach so. Wenn Sie auf der einen Seite, meine Damen und Herren von den Grünen, beklagen, dass wir die Bekleidungspauschale senken, dann können Sie uns nicht auf der anderen Seite hier damit konfrontieren, dass wir Leistungen erhöhen. Wir müssen den Ausgleich schaffen, alles zu finanzieren, und neue Leistungen, das wissen Sie auch, sind immer eine schwierige Sache.

Die Erwartung, dass eine Einführung ermäßigter Monatskarten zu Einsparungen in der Sozialhilfe beziehungsweise bei den Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz führen würde, aus denen Ausgleichszahlungen zum Teil dann abgedeckt werden könnten, kann nicht erfüllt werden und ist bislang auch noch durch nichts belegt. Zurzeit werden für zirka 700 Sozialhilfeempfänger und -empfängerinnen neben den im Regelsatz

enthaltenen Anteilen Kosten für Monatskarten der BSAG übernommen. Bei einer Ermäßigung von zirka 20 bis 30 DM monatlich betrügen die Einsparungen hier höchstens rund 20.000 DM monatlich.

Für Leistungsempfänger und -empfängerinnen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz werden zurzeit schätzungsweise durchschnittlich 7,50 DM monatlich für notwendige Fahrtkosten im Rahmen des ÖPNV aufgebracht, da in den Grundleistungen keine Anteile für Fahrtkosten enthalten sind. Würde diesem Personenkreis eine Monatskarte zum Preis von 20 DM zur Verfügung gestellt, müssten dafür vom Sozialhilfeträger mindestens 30.000 DM monatlich eingesetzt werden. Es würden also schon hier Mehrkosten entstehen.

Die Sozialbehörde hat sich in der Vergangenheit bereits darum bemüht, für Sozialhilfeempfänger und -empfängerinnen eine Möglichkeit zu finden, ermäßigte Monatskarten für den öffentlichen Personennahverkehr zu erwerben. Herr Pietrzok hat es schon beschrieben: In der Zeit von Mitte 1992 bis Mitte 1993 wurde im Rahmen eines Modellversuches für Sozialhilfeempfänger und -empfängerinnen eine verbilligte Monatskarte angeboten, allerdings musste das Sozialressort dafür eine Ausgleichszahlung von 17 DM monatlich pro in Anspruch genommener Karte leisten, und dafür sind zuletzt Kosten in Höhe von rund 80.000 DM monatlich angefallen. Die rot-grün-gelbe Ampel hat sich dann von diesem Modell verabschiedet. So viel zu dem Ruhm, mit dem sich die, die Versuche unternommen haben, hier Regelungen zu schaffen, bekleckert haben!

(Zuruf der Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen])

Wir waren alle daran beteiligt, das will ich hier nicht einseitig irgendwo hinschieben. Es hat eigentlich viele Versuche von allen gegeben, und niemand war am Ende bislang erfolgreich.

In verschiedenen anderen Städten werden für Sozialhilfeempfänger und -empfängerinnen und andere Personen mit geringem Einkommen Fahrkarten zu verbilligten Preisen abgegeben. Von München und Hamburg ist bekannt, dass dort Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln zur Finanzierung dieser Karten geleistet werden. In Hamburg beträgt dieser Zuschuss zum Beispiel 20 DM pro Ticket und Monat, und ich kann aus meinem Sozialhaushalt einen solchen Zuschuss nicht finanzieren.

In den Jahren 1994 und 1995 wurde in Verhandlungen mit dem Verkehrsverbund Niedersachsen/Bremen versucht, eine kostenneutrale Möglichkeit

zu finden, für Sozialhilfeempfänger und -empfängerinnen und Leistungsberechtigte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz verbilligte Monatskarten zur Verfügung zu stellen. Nach Einschätzung meines Ressorts wäre dies möglich gewesen, nach den Berechnungen des Verkehrsverbundes Niedersachsen/Bremen wären jedoch Ausgleichszahlungen aus öffentlichen Mitteln in Millionenhöhe notwendig gewesen. Die Verhandlungen sind dann letztlich im Mai 1996 gescheitert.

Hintergrund für das Scheitern dieser Verhandlungen war, dass dem Verkehrsverbund Niedersachsen/Bremen durch die Abgabe verbilligter Monatskarten keine Mindereinnahmen entstehen dürfen. Es wäre zwingend erforderlich, dass von einer bestimmten Menge abgegebener Karten ausgegangen wird. Nach damaliger Einschätzung des Verkehrsverbundes müssten mindestens 36.000 ermäßigte Karten von dem genannten Personenkreis abgenommen und eine Garantie für Einnahmen von rund sechs Millionen DM jährlich seitens der Sozialbehörde abgegeben werden. Eine Inanspruchnahme ermäßigter Monatskarten in diesem Umfang konnte von meiner Behörde nicht garantiert werden.

Ich bitte Sie deshalb, zur Kenntnis zu nehmen, dass es bereits vielfache Versuche meines Ressorts und meiner Vorgänger gegeben hat, eine Lösung im Sinne Ihres Antrags zu finden. Gleichzeitig bitte ich Sie, auch zur Kenntnis zu nehmen, dass bei der BSAG zurzeit enorme Anstrengungen unternommen werden müssen, um zu einer Verringerung der Verluste und damit des öffentlichen Zuschusses zu kommen. Vor diesem Hintergrund und angesichts der Finanzlage, bei der wir keine Möglichkeiten mehr haben, von rechts nach links irgend etwas umzusteuern und umzustecken, ist es schwierig, jetzt noch einmal in Verhandlungen zu treten und diese dann auch angesichts der vielen Fehlschläge, die wir schon gehabt haben, zum Erfolg zu führen.

Auch heute wäre es nämlich nicht möglich, dass eine bestimmte Mindestanzahl von Karten abgenommen wird. Dies gilt auch, wenn der Personenkreis um Senioren, Seniorinnen und Arbeitslose erweitert wird. Es liegen bislang keine aussagefähigen Daten über die Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs durch Sozialhilfeempfänger beziehungsweise andere im Antrag genannte Personenkreise vor. Dabei ist auch zu berücksichtigen, dass niemand aus den im Antrag genannten Personenkreisen gezwungen werden könnte, eine solche Karte in Anspruch zu nehmen.

Fazit: Eine sicherlich sehr wünschenswerte Sache, aber angesichts der damit verbundenen Ri-

siken für die BSAG oder für den Sozialhaushalt leider wohl so zurzeit nicht zu verwirklichen! Allerdings möchte ich auch sagen, eine Ablehnung dieses Antrags macht aus dem Thema aus meiner Sicht und für mich persönlich kein Unthema. Ich werde jederzeit versuchen, Ansätze zu nutzen, die sich in Gesprächen mit der BSAG ergeben, um hier zu einer Lösung zu kommen. Ob das im Rahmen des nächsten Haushalts möglich ist, kann ich Ihnen nicht versprechen. - Danke!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Präsident Weber: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Linnert.

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will nur noch etwas zu der Rechnung sagen! Ich kannte sie, denn wir haben ja schon in der letzten Legislaturperiode und auch davor immer wieder versucht, eine Möglichkeit zu finden, wie man das in Bremen erreichen kann. Wenn es jetzt hier doch auf dieser Zahlenebene geht, dann will ich dazu nur ganz kurz eine Sache sagen: Wenn man der BSAG sechs Millionen DM Einnahmen garantieren muss, und wir selbst haben Zweifel, ob man diese sechs Millionen DM auch erreicht, weil wir nicht genau wissen, ob 32.000 Personen auch wirklich ein solches Abo haben wollen, dann sage ich noch einmal, muss man jetzt den Antrag nicht ablehnen, sondern dann muss man mit den Initiativen, die ja versucht haben, dieses Thema neu zu beleben, sprechen, was sie glauben, was man machen kann, um dafür zu werben, dass es viele Leute werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dann muss man selbst schauen, ob man nicht am Konzept etwas ändern kann, um die Anzahl der Leute, die es in Anspruch nehmen, auch zu erhöhen. Dann ist es eben nicht so, dass da gigantische Einnahmeverluste für den Bremer Haushalt, Haushaltsrisiken drohen, sondern dann kann man sagen, auch wenn wir es im ersten Anlauf - so etwas braucht ja auch immer Zeit, bis es überall angenommen wird - nicht schaffen, sechs Millionen DM garantierte Einnahmen zu bekommen, dann sind es aber fünf Millionen. Das heißt, das Risiko für den Haushalt ist relativ gut einzuschätzen.

Ich sage noch einmal: Legen Sie der Politik vor, welche Mittel Sie brauchen, dann muss Politik im Rahmen der Haushaltsberatungen entscheiden, was uns wichtiger ist und was uns weniger wichtig ist. So ist es versunken in der Verwaltung, die entschieden hat, wir bekommen das Geld ja doch nicht. Haushaltsgesetzgeber ist aber das Parla-

ment. Das Parlament muss die Schwerpunktentscheidung treffen über die Politik, auch im Sozialressort.

Wenn man sagt, uns droht eine Million DM Ausfall, dann sage ich noch einmal: Es gibt das Angebot der Sparkasse, darüber zu reden, ob man eine Ausfallbürgschaft - nicht garantiert eine Million DM fehlt uns, sondern eine Ausfallbürgschaft in einer Größenordnung von einer Million DM - nicht mitverantworten würde. Das wäre ganz toll, dann hätte man die nämlich auch für die Werbung von Leuten, die solche Karten kaufen, mit im Boot, und das, finde ich immer noch, ist ein gutes Modell.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Hier wird so viel geredet von ehrenamtlichem und bürgerschaftlichem Engagement, dort wäre es möglich. Nutzen Sie doch die Chancen im Interesse benachteiligter Leute! Und ich finde auch, Bremen würde es gut anstehen, jetzt hier nicht nur zu sagen, es wird rasiert, sondern wir haben auch noch sozialpolitisch sogar etwas vor.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 15/15 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und CDU)

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Sechstes Ortsgesetz zur Änderung der Kostenordnung für die Feuerwehr der Stadtgemeinde Bremen

Mitteilung des Senats vom 31. August 1999
(Drucksache 15/17 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Sechste Gesetz zur Änderung der Kostenordnung für die Feuerwehr der Stadtgemeinde Bremen beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Neubildung eines Jugendhilfeausschusses

Mitteilung des Senats vom 7. September 1999
(Drucksache 15/19 S)

Die Wahlvorschläge sind in der Ergänzung der Mitteilung des Senats enthalten.

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend den Wahlvorschlägen wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft wählt entsprechend.

(Einstimmig)

Bebauungsplan 1257 mit Deckblatt für ein Gebiet in Bremen-Blumenthal zwischen

- Jollenstraße

- Lose Barg

- Rad- und Fußweg zur Straße Kreinsloger

- Kreinsloger von Haus Nr. 144 bis 119

Mitteilung des Senats vom 7. September 1999

(Drucksache 15/20 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Bebauungsplan 1257 mit Deckblatt für ein Gebiet in Bremen-Blumenthal zwischen Jollenstraße, Lose Barg, Rad- und Fußweg zur Straße Kreinsloger, Kreinsloger von Haus Nr. 144 bis 119 beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Bebauungsplan 2169 mit Deckblatt für 63 Dauerkleingärten beziehungsweise Dauerkleingartengebiete

Mitteilung des Senats vom 7. September 1999
(Drucksache 15/21 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer den Bebauungsplan 2169 mit Deckblatt für 63 Dauerkleingärten beziehungsweise Dauerkleingartengebiete beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Wahl eines Mitglieds der städtischen Deputation für Wirtschaft und Häfen

Der Wahlvorschlag liegt Ihnen schriftlich vor.

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend dem Wahlvorschlag wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft wählt entsprechend.

(Einstimmig)

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 1 vom 14. September 1999

(Drucksache 15/23 S)

Eine Aussprache ist nicht beantragt worden.

Gemäß Paragraph 9 Absatz 2 des Petitionsgesetzes findet eine Aussprache nur statt, wenn

mindestens 20 Abgeordnete dies verlangen. Dies ist nicht der Fall!

Wir kommen daher zur Abstimmung.

Wer der Behandlung der Petitionen in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Flexibilität bei der Öffnung von Freibädern

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU vom 17. September 1999
(Drucksache 15/25 S)

Die Beratung ist eröffnet.

Als Erster hat das Wort der Abgeordnete Pohlmann.

Abg. **Pohlmann** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Den Sommer im Jahr 1999, eigentlich bis zu dem heutigen Tag, kann man ja wirklich als einen Jahrhundertsommer bezeichnen, denn die Temperaturen haben es wirklich sehr gut mit uns gemeint. Gerade Jugendliche und viele weitere Teile der Bevölkerung hatten ein sehr großes Bedürfnis, auch im September noch die Freibäder und Badeseen in unserer Stadt zu besuchen. Bekannterweise sind aber seit Anfang September die meisten Freibäder geschlossen worden.

Es ist zu begrüßen, dass die Bremer Bäder GmbH mit dem Betrieb der Freibäder in Bremen-Nord und mit dem Stadionbad flexibel reagiert hat. Wir fordern den Senat auf, im Rahmen der Vorlage des Bäderkonzepts eine flexible Gestaltung der Öffnungszeiten der Freibäder in den Sommermonaten vorzusehen.

(Beifall bei der SPD)

Wie auch in diesem Jahr geschehen, sind bei den Schlechtwetterperioden die Bäder geschlossen worden, und es muss in der Zukunft auch möglich sein, entsprechend der Temperaturlage über den offiziellen Schließungstermin hinaus die Bäder geöffnet zu halten. Für die weitere Entwicklung der Freibäder in Bremen erwarten wir ein flexibles Management, das kundenorientiert auf die aktuellen Bedürfnisse der Bevölkerung eingeht. Von der Geschäftsführung und den Kolleginnen und

Kollegen der Bremer Bäder GmbH ist bei einer ständig verringerten Mitarbeiterzahl Beachtliches in Richtung einer weiteren Attraktivitätssteigerung der Bäder und Badeseen geleistet worden. Ich glaube, es ist auch wichtig, dass dies hier einmal gesagt wird.

(Beifall bei der SPD)

Für die sozialdemokratische Bürgerschaftsfraktion sind der Erhalt und die Modernisierung der Frei- und Hallenbäder wichtige Eckpunkte ihrer Politik. Die Koalition hat die Erarbeitung eines Bäderkonzepts bis zum Herbst 2000 vereinbart. Der Sport-senator steht in der großen Verantwortung, mit der Erarbeitung dieses Bäderkonzepts eine solide Perspektive für die Entwicklung der Bäder in unserer Stadt zu geben. Bäder und Badeseen sind wichtige Standortvorteile für die Ansiedlung von Betrieben und eine mögliche Wohnortentscheidung von Menschen, die wir auf den Zuzug in unsere Stadt orientieren möchten. Bei der aktuellen Eckwertdiskussion geht es unter anderem auch darum, die Finanzierung der Bäder als eine Querschnittsaufgabe anzusehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, von Seiten der Politik müssen die Rahmenbedingungen festgelegt werden, auf deren Grundlage eine flexiblere und kundenorientierte Entwicklung der Bäder in Bremen möglich ist. Für die weitere Entwicklung der Freibäder und Badeseen in Bremen erwarten wir ein Management, das die Öffnungszeiten der Bäder entsprechend flexibel gestaltet. In diesem Sinne bitte ich um Unterstützung für den vorliegenden Antrag. Als Antragsteller hätten wir gern festgeschrieben, dass auch weiterhin eine hervorragende Wetterlage bis in den September hinein in den nächsten Jahren möglich ist, aber dies liegt leider nicht in der Kompetenz dieses Hauses. In diesem Sinne bitte ich um Unterstützung dieses Antrages!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Präsident Weber: Auch Ihnen, Herr Kollege, ganz herzlichen Dank für Ihren engagierten ersten Redebeitrag!

Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Gerling.

Abg. **Gerling** (CDU)^{*)}: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Flexible Öffnungszeiten der Freibäder! „Kühlen Kopf bewahren“ lautet das Motto gerade für diesen Sommer. Das gilt auch für die heiße Phase der Öffnungszeiten der Freibäder. Gerade dieser Sommer ist dafür der

Anlass. Zur Freude vieler Bremerinnen und Bremer nach dem verregneten Sommer im letzten Jahr - man kann auch verhagelten Sommer sagen - hatten wir den richtig heißen Sommer. Kollege Pohlmann hat es schon gesagt, Jahrhundert-sommer. Pech für alle, die Mallorca und Ibiza gebucht haben! Bremen wäre der heiße Tipp für die Reisebüros gewesen.

Für die Bremer Bäder war der Sommer ein Erfolg. Der Ebbe in der Kasse 1998 wird in diesem Jahr wahrscheinlich ein Hochwasser folgen. Die genauen Zahlen stehen natürlich noch nicht fest, aber wir dürfen hoffnungsvoll gespannt sein. Glücklicherweise richtet sich das Wetter nicht nach den Planungszielen privatrechtlicher Gesellschaften, und so konnten wir in den letzten Wochen noch einmal hochsommerliches Wetter genießen, obwohl die Sommerferien schon vorbei waren. Insidern ist das natürlich nicht unbekannt, denn das schlechte Wetter konzentriert sich ja hauptsächlich auf die Wochenenden und Ferienzeiten.

Die Gesellschaft für öffentliche Bäder oder Bremer Bäder GmbH hat erreicht, dass immerhin das Stadionbad und das Fritz-Piaskowski-Bad geöffnet wurden. Das war das richtige Zeichen für viele Bremer angesichts von Temperaturen, die zum Baden eingeladen haben. Einmal im Ernst, natürlich ist der Verlauf des Sommers unvorhersehbar, natürlich kann auch die Gesellschaft für öffentliche Bäder das Wetter nicht ein Jahr im Voraus erraten, deswegen erwarten wir, dass sich in diesem Jahr, wie auch zum Teil geschehen, die Gesellschaft darauf einstellt, ihre Öffnungszeiten geringfügig an die Wetterlage anzupassen. Viele Menschen haben das in den beiden genannten Bädern genießen können. Wir wünschen uns, dass das in solchen Zeiten auch bei anderen Freibädern möglich ist.

Wer sich im Übrigen aus Frust auf die geschlossenen Bäder in Bremen auf den Weg in das Bremer Umland gemacht hat und dort schweißgebadet aus dem Auto stieg, stellte fest, dass die dortigen Freibäder ebenfalls geschlossen waren. Ein winziger Blick über den Tellerrand hinaus lässt bereits erkennen, dass unsere Nachbarn offensichtlich mit den gleichen Schwierigkeiten zu tun haben wie wir.

Ein wenig mehr Flexibilität ist hier von der GföB gewünscht, um überraschend gutem Wetter auch entsprechend Respekt zollen zu können. Die Voraussetzungen dafür sind allerdings, dass unter Kostengesichtspunkten darüber entschieden wird. Auch hierfür braucht man einen kühlen Kopf. Einzelne Angaben der Gesellschaft sind hierfür sehr aufschlussreich. Die Kassen der Gesellschaft

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

sind geflutet, wenn im Stadtbad täglich mehr als 900 Personen sind. Das war nur an acht von 19 Septembertagen der Fall. Mit anderen Worten, mehr als die Hälfte der Tage im September war für die Gesellschaft und damit letztlich für die Stadt Bremen ein Verlustgeschäft. Um im Bilde zu bleiben, hier herrschte Ebbe. Das ist nun zwar keine Katastrophe, aber schon ein Zeichen dafür, dass gutes Wetter nicht immer eine Garantie für gute Einnahmen ist.

Ein kleiner Einblick in den Planungsstand der Gesellschaft für öffentliche Bäder zeigt, dass dort schon ziemlich effizient gearbeitet wird. Manche Freibäder können nämlich schon deshalb nicht mehr geöffnet bleiben, weil das Personal bereits in den Hallenbädern weiterarbeitet. Dort wird es zu Schulzeiten, nämlich zur Betreuung von Schulklassen, die dort schwimmen lernen, gebraucht. Das ist schon hohe Flexibilität und ein effizienter Personaleinsatz.

Die Bäder sind normalerweise vom 15. Mai bis 31. August geöffnet. In diesem Jahr waren sie teilweise bis zum 15. September geöffnet. Die Gesellschaft hat auch auf einen steigenden Energieverbrauch hingewiesen, der entsteht, wenn bei sinkenden Außentemperaturen beheizt werden muss. Hier muss ich mit meinem Motto Acht geben, sonst wird der Kopf zu kühl! Viele Fragen sind wie immer zu beantworten, und doch bleibt der Wunsch, bei heißem Wetter schwimmen gehen zu können. Deswegen fordern wir den Senat auf, dieses Thema im Rahmen des Bäderkonzeptes zu berücksichtigen. Die Koalition hat sich vorgenommen, ein Bäderkonzept zu entwickeln und umzusetzen, das eine langfristige Perspektive für die Bremer Bäder bietet.

In diesem Rahmen muss die Gesellschaft für öffentliche Bäder auch die Möglichkeiten zur Attraktivitätssteigerung darlegen und den Betrieb der Bäder noch effizienter gestalten. Hier schlummert wohl noch so manches Potential. Ich will allerdings auch sagen, das Angebot der Bremer Bäder soll insgesamt noch besser werden. Das setzt aber auch voraus, dass einzelne Angebote nicht mehr geleistet werden können. Darüber werden wir in den nächsten Monaten noch sprechen. Im Zusammenhang mit dem zu erarbeitenden Bäderkonzept kann dann die Frage beantwortet werden, wie sich die Öffnungszeiten der Freibäder noch weiter an die Wetterlage anpassen können, umgekehrt wäre es auch schwierig. - Herzlichen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Güldner.

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir waren erst einmal kurz, als wir den Dringlichkeitsantrag gesehen haben, etwas erschrocken, aber nur ganz kurz. Dann haben wir uns gesagt, da dies wahrscheinlich die einzige schwimmbadpolitische Debatte der Legislaturperiode sein wird, gehen wir hier mit. Wir sind hart im Nehmen, und wir werden auch zu diesem Antrag hier Stellung nehmen. Allerdings bei dem ersten Punkt des Antrags von SPD und CDU waren wir uns ganz sicher, und die beiden Reden haben uns nicht vom Gegenteil belehrt, der ist sicherlich ironisch gemeint, und das ist auch so bei uns angekommen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir sind, das werden Sie am Ende sehen, trotzdem dafür und werden mit Ihnen auch diesen Antrag gnadenlos durchstimmen.

(Heiterkeit - Abg. Kleen [SPD]: Sonst würden Sie auch ganz schön baden gehen!)

Zum Badengehen komme ich noch! Warum ist das unbedingt ironisch, was Sie da formulieren? Wenn man sich den „Weser-Kurier“ von Sonnabend, dem 4. September, noch einmal ansieht, dort haben wir die Pressemitteilung der Bremer Bäder: „Morgen ist Schluss! Die Ferien sind zu Ende, die Saison ist zu Ende, keiner kann mehr baden!“ Am Montag dann - zwei Tage später, große Flexibilität - haben wir die Nachricht im „Weser-Kurier“ von den Bremer Bädern: Zumindest das Stadionbad bleibt stundenweise offen, man wisse zwar noch nicht so genau zu welchen Zeiten, aber man sei so flexibel, immerhin stundenweise zu öffnen. Ich denke, auf den Vorgang von diesem Wochenende wird sich Ihr erster Punkt beziehen.

Es gab dann die Intervention der SPD-Fraktion und auch der Grünen-Fraktion über die Presse. Zu Recht ist ja, und das ist der sachliche und ernste Gehalt dieses Antrages, angemahnt worden, wenn wir hier eine private Gesellschaft für die Bremer Bäder und auch das Eislaufstadion haben, dass es wohl nicht angehen kann, wenn es 30 Grad draußen sind und die Leute schwimmen gehen wollen, ausgerechnet dann die Bäder zu schließen.

Die Bremer Bäder GmbH sieht das ein bisschen anders. Sie hat in einem sehr wütenden Antwortbrief auf unsere Pressemitteilung geantwortet und hat uns gesagt, wir haben eben langjährige Erfahrungen - im Unterschied zu euch, es ist klar, wir verstehen nichts vom Schwimmen -, die zeigen,

Ende August will, egal wie das Wetter ist, egal wie warm es wird, keiner mehr schwimmen gehen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist der Brief der Bremer Bäder GmbH. Ich habe dann gedacht, ich muss mich opfern und das in der Praxis kontrollieren. Ich bin in den folgenden Tagen dreimal mit meinem Sohn im Stadionbad gewesen. Es war ungefähr so voll, dass man gar nicht wusste, wo man seine kleine Matte hinlegen sollte. Ich gehe einmal davon aus, dass die Einnahmen, die im September noch erzielt worden sind, ganz schön noch die Kassen der Bremer Bäder GmbH gefüllt haben, und das ist der betriebswirtschaftliche, ernsthafte Gehalt des Antrags, dass es natürlich nicht angehen kann, dass wir hier freiwillig auf Einnahmen für die Stadtgemeinde Bremen verzichten. Es ist auch so, wenn eine Familie mit zwei Kindern in etwa 16 DM für einen solchen Eintritt bezahlen muss, das ist doch ein ganz schön hoher Preis, und wenn wir über zwei, drei Wochen ein volles Schwimmbad haben, dann ist das ein ganz schöner Betrag.

Wie gesagt, den sachlichen Gehalt des Antrages unterstützen wir voll, nämlich die Tatsache, dass gerade die Privaten, denen wir bestimmte Aufgaben übertragen haben, weil wir immer gesagt haben, die Verwaltung ist so unflexibel, da bin ich mir inzwischen in einigen Fällen gar nicht mehr so sicher, in so einem Fall dann natürlich dafür sorgen müssen, möglichst flexibel auf solche Situationen zu reagieren, Kundenorientierung und so weiter, ist klar. Offensichtlich braucht es immer noch ein bisschen über die formalen Veränderungen hinweg, bis sich auch die Mentalitäten dann in den jeweiligen Bereichen geändert haben.

Ich will es kurz machen, im Unterschied zu meinen Vorrednern, dem Gegenstand angemessen. Ich weiß nicht, ob Sie in den letzten Tagen gesehen haben, über den Ticker ist eine Meldung gegangen, in der stand, dass ein Klimakongress in Hamburg zu dem Ergebnis gekommen ist, dass man in Mitteleuropa in 50 Jahren nicht mehr Ski fahren kann. Mir ist dabei nur eingefallen, wenn man in der Zwischenzeit umwelt- und klimapolitisch nicht dagegenhält, dann kommt wohl ganz offensichtlich auf die Bremer Bäder eine ganz gehörige Herausforderung zu. - Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Auch Ihnen, Herr Kollege, ganz herzlichen Dank für Ihren ersten engagierten Redebeitrag!

Als Nächster hat das Wort Herr Senator Dr. Schulte.

Senator Dr. Schulte: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bedanke mich ganz herzlich für die engagierte Diskussion. Ich habe die Sorge, dass wir alle bei den bevorstehenden Haushaltsberatungen ganz fürchterlich baden gehen werden. Kennen Sie eigentlich den Unterschied zwischen einem guten und einem schlechten Sommer? Das ist ungefähr eine Million DM mehr oder weniger Einnahmen für die Bäder GmbH.

Die Bäder GmbH geht bei der Auslastungsquote von einer mittleren Belegungsquote aus. Je nachdem, wenn es eine bessere Belegung ist, ist das ungefähr eine Million DM mehr, oder wenn sie schlechter ist, eine Million DM weniger. Darum sagt die Gesellschaft, Ferienende ist Schluss der Saison, da schließen die Freibäder, und dann öffnen die Hallenbäder. Das Personal wechselt von den Freibädern zu den Hallenbädern. Eigentlich ein richtiges Konzept! Nun hat keiner mit dem lieben Gott gerechnet; dass nun der September so wunderbar war, das wurde ja deutlich gemacht.

Da war ein ganz pfiffiger Bademeister im Stadionbad, er hat eine besondere Ahnung gehabt, und deshalb war das Stadionbad länger geöffnet, und wir wünschen uns solche flexiblen und kreativen Mitarbeiter, die so gute Kontakte haben.

Lieber Herr Pohlmann, ich habe ja auch erst diese Bädergesellschaft geerbt.

(Zurufe: Geerbt?)

Ich habe sie übernehmen dürfen! Ich kann mich nicht beklagen bezüglich des Engagements der Geschäftsführung, ich kann mich auch nicht beklagen bezüglich des Engagements der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Ich möchte mich erst einmal schützend vor sie stellen und mich für deren Einsatz bedanken.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Das mache ich auch ganz deutlich und ganz bewusst, weil ich denke, das muss man auch einmal tun, denn sie machen ja enorm viel - ja, klatschen Sie alle mit, Herr Zachau! -, aber nichts ist so gut, dass es nicht verbessert werden kann.

Daran wollen wir arbeiten. Deswegen bedanke ich mich, dass Sie attestiert haben, und zwar nicht ironisch, Herr Güldner, dass da eine Flexibilität war. Wir werden gemeinsam daran arbeiten, und das wird auch Thema der nächsten Aufsichtsrats-sitzung der Bäder GmbH sein, wie man das noch verstärken kann, allerdings bitte nicht unter dem Einsatz eines finanziellen Risikos. Dabei müssen Sie mir helfen, das geht nicht! Herr Pohlmann, Sie nicken, danke schön! Herr Gerling nickt auch! Die

Vorstellung, wir lassen alle Freibäder offen und öffnen gleichzeitig auch noch die Hallenbäder, ist nicht bezahlbar. Ich muss leider auch ankündigen, dass wir uns mit dem Bäderkonzept ganz nüchtern und ganz ehrlich fragen müssen, was ist überhaupt noch bezahlbar.

Die Koalition hat von mir erbeten, und das wird auch geleistet, ein Bäderkonzept bis zum Jahr 2000 zu erarbeiten; wir werden das noch in diesem Herbst beginnen. Die nächste Aufsichtsrats-sitzung der Bäder GmbH hat den ersten Entwurf eines solchen Bäderkonzepts zur Diskussion, Sie wissen das. Wir gehen dort sehr engagiert vor, und ich hoffe, dass wir von Ihnen Unterstützung bekommen, wenn wir sehr engagiert sowohl die Flexibilität und die Kundenorientierung, aber bitte auch dann die Wirtschaftlichkeit sehen. Unseren Bürgerinnen und Bürgern müssen wir dann sagen: Wir haben in Bremen auch so tolle Badeseen, dann müsst ihr auch die nutzen. Es ist nicht alles möglich, wenn wir das Geld nicht haben. Das muss ich sagen bei aller Freude über den schönen Sommer, den wir in diesem Jahr gehabt haben. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Beratung geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU mit der Drucksachen-Nummer 15/25 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Damit ist der Antrag angenommen.

(Einstimmig)

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der Tagesordnung. Ich bedanke mich herzlich und schließe die Sitzung der Stadtbürgerschaft und wünsche Ihnen einen schönen, sonnigen Feierabend.

(Schluss der Sitzung 15.48 Uhr)